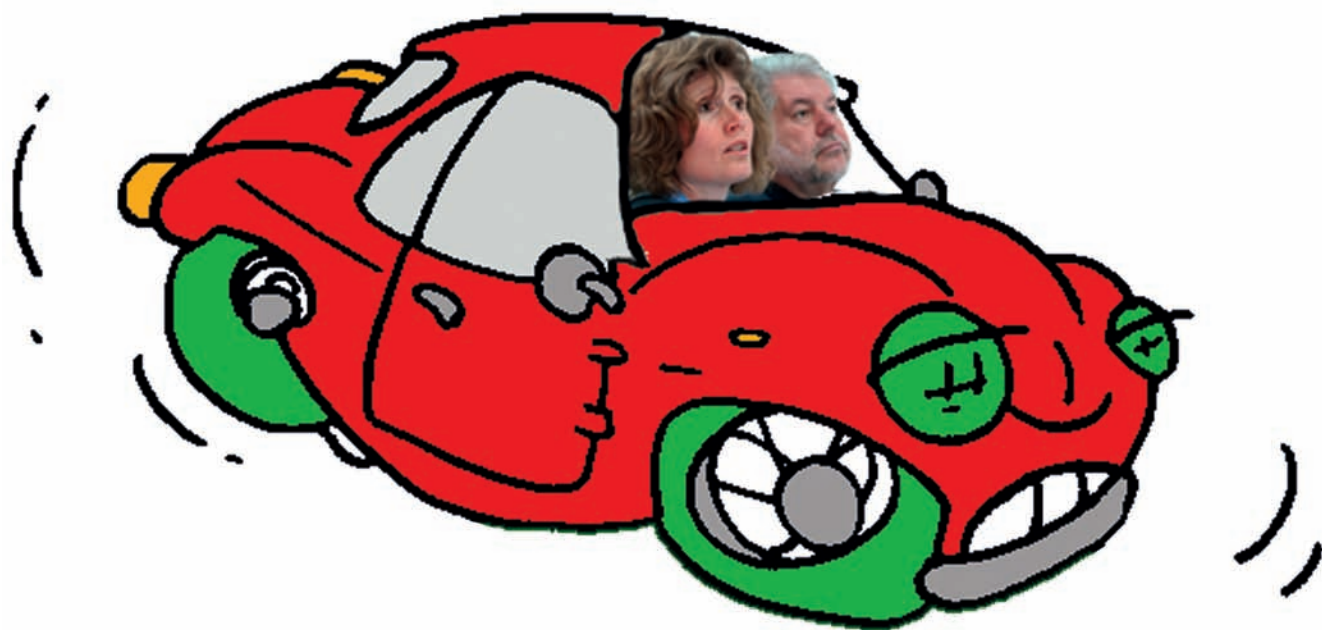


# Lehrkräfte - Opfer der rot-grünen Schuldenbremse



**Wir lassen uns nicht  
ausbremsen!**

**VDR**



### Euphemismen\*

Die neuen Regierungsparteien haben einen Koalitionsvertrag geschlossen, den der Ministerpräsident u. a. als fair und sozialgerecht charakterisierte. Er bezeichnete die demografische Entwicklung in der Gesellschaft als große Herausforderung. Ziel sei es, die Veränderungen mit Kreativität, einer fortschrittlichen Bildungspolitik und einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik zu verbinden. „Aber es ist auch die große Herausforderung, pro Jahr 220 Millionen Euro zu konsolidieren.“ so Beck.

Oberflächlich-wählerfreundlich liest sich im rot-grünen Gemeinschaftswerk die Schmeicheleinheit: „Rheinland-Pfalz hat so viel Potential, die Menschen in unserem Land so viel Kreativität, so viel Engagement und Leistungsbereitschaft, dass wir gemeinsam noch viel erreichen können.“, denn sie wird relativiert durch die Aussage: „Der überwiegende Teil der Konsolidierungsaufgabe wird vom Land zu leisten sein. Abgeleitet aus den derzeitigen Schätzungen über die Einnahme- und Ausgabentwicklung des Landeshaushalts, werden wir jahresdurchschnittlich ca. 220 Mio. Euro konsolidieren.“

### WER ist das Land? WER ist wir?

Eine formale Textanalyse hilft bei der Antwort:

1.000-mal kommt das Personalpronomen „wir“ im 101-seitigen Koalitionsvertrag vor: 998-mal stellvertretend für die rot-grüne Regierungsmannschaft und zweimal in der Formulierung für die Bevölkerung, u.a. „... wir alle sind die Zukunft von Rheinland-Pfalz.“

### ACH!

206-mal finden sich die Formulierungen „wir wollen...“, 45-mal „wir werden uns ... einsetzen“, 10-mal „unser Anliegen ist ...“

### WIE VERBINDLICH!

15-mal findet der Leser das Wort „Schulden“ und 26-mal den Begriff Konsolidierung.

### AHA!

Die Koalitionäre werden konkret, wenn es um die Landesbediensteten geht: „Wir werden im Bereich des finanziellen Dienstrechts verschiedene Einsparungen vornehmen und dabei den Bediensteten Planungssicherheit geben. ... Unter anderem werden wir den Beamtinnen und Beamten zusagen, dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird.“

### WIE FÜRSORGLICH!

„Wir werden die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre mit flexiblen Übergängen prüfen und dabei auch entscheiden, ob es für einzelne, besonders belastete Berufsgruppen Ausnahmeregelungen geben soll.“

### DANKE!

Der „Bildung“ wird 187-mal verbal Bedeutung zugestanden.

### SUPER?

### NEIN!

Der Pferdefuß findet sich in der Formulierung: „Die demografische Dividende in der Schule werden wir in Teilen für organisatorische und pädagogische Verbesserungen und zum Teil für die Konsolidierung nutzen. Damit werden die Angebote im Bildungssystem verbessert und der Konsolidierungsprozess unterstützt.“

Beide Parteien brechen hier unmittelbar nach Machterhalt ihre vollmundigen Wahlversprechen, an Bildung nicht sparen zu wollen! Und formulieren keck:

„Wir haben die gesamte Bildungskette im Blick.“

### IRRTUM!

Zur „Bildungskette“ gehören auch die Lehrkräfte. Hier ist der „Blick“ der Landesregierung fehlsichtig. Aus diesem „Blick“-Winkel wird man motivierte und gute und junge Lehrkräfte bald mit der Lupe suchen müssen.

Freundlichst Ihre

*Christiane Lehmann*

\*Euphemismus (latinisierte Form von altgriechisch euphēmía „Worte von guter Vorbedeutung“) auch: Glimpfwort, Beschönigung, Hehlwort, Hüllwort oder Verbrämung, ist ein sprachlicher Ausdruck, der eine Person, eine Personengruppe, einen Gegenstand oder einen Sachverhalt beschönigend, mildernd oder in verschleiender Absicht benennt. (Quelle: Wikipedia)

## Impressum

### Herausgeber

#### VDR

Verband Deutscher Realschullehrer  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.  
55116 Mainz

### Landesvorsitzender

Bernd Karst  
Grolsheimer Weg 5  
55411 Bingen  
Tel. 0 67 21 / 99 49 99  
Fax 0 67 21 / 99 49 98  
E-Mail  
karst.bernd@vdr-rlp.de

### Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer  
Tel. 0 62 32 / 4 04 44  
Fax 0 62 32 / 1 21 33 18  
E-Mail  
Landeskassierer@vdr-rlp.de

### Chefredakteurin

Christiane Lehmann  
Grüner Weg 7  
56323 Waldesch  
Tel. 0 26 28 / 81 68  
E-Mail  
lehmann.christiane@vdr-rlp.de

### Internet Adresse

<http://www.realschule-vdr.de>

### Layout

Mediengestaltung Nehring  
Lohrweg 48  
56218 Mülheim-Kärlich  
E-Mail  
roland.nehring@web.de

### Druck

Görres Druckerei Koblenz

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.



# Der Koalitionsvertrag enthält eine starke Grünfärbung

## Im Bildungsbereich dominiert die SPD

Am 7. und 8. Mai stimmten SPD und Grüne für den Koalitionsvertrag. Auf einem außerordentlichen SPD-Parteitag in Mainz votierten 384 Delegierte bei drei Gegenstimmen für den Vertrag.

Bei den Grünen stimmten auf einer Landesdelegiertenkonferenz in Neuwied 205 Delegierte für die Vereinbarung mit der SPD. Es gab 13 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Die Koalitionspartner unterschrieben den Koalitionsvertrag am 11. Mai; die rot-grüne Regierung wurde am 18. Mai im Landtag vereidigt.

Die Ministerien sind verteilt. Das Bildungsministerium bleibt in der Hand der SPD. Und auch personell gibt es keine Änderungen an der Spitze: Ministerin Doris Ahnen, Staatssekretärin Vera Reiß und Staatssekretär Michael Ebling bleiben im Amt. Daraus darf man ableiten, dass es schulpolitisch keine revolutionären Umwälzungen gibt. Die Schulen brauchen schließlich auch etwas mehr Ruhe nach den gravierenden Strukturveränderungen, die physisch und psychisch auch jetzt noch viel Kraft kosten. Dennoch sind mit Blick auf den Koalitionsvertrag mehr oder weniger einschneidende Reformen beabsichtigt.

### 1. Ausgangslage: Wahlaussagen

(Quelle: Wahlprüfsteine“ in unserer Ausgabe 1/2011)

Die spannende Frage nach der Wahl war, ob und inwieweit sich die Wahlaussagen und Absichtsbekundungen der SPD und der GRÜNEN vor dem Hintergrund einer rot-grünen Koalition in einem späteren und nunmehr vorliegenden Koalitionsvertrag widerspiegeln würden.

#### 1.1 Aussagen der SPD vor der Landtagswahl

- „Die Realschule plus ist (...) kein Sparpaket. Ich möchte den begonnenen Weg weitergehen und die gu-

ten Perspektiven beispielsweise der Fachoberschule nutzen.“ (Ministerin Doris Ahnen, S. 5)

- „Wir bleiben bei einem vielschichtigen Schulsystem in Rheinland-Pfalz. Wir haben das differenzierteste Schulsystem in ganz Deutschland mit vielen Möglichkeiten.“ (Ministerpräsident Kurt Beck, S. 15)
- „Wir werden den betroffenen Schulen und Schulträgern Zeit geben, um die Schulstrukturreform sorgsam und in Ruhe abzuschließen.“ (SPD, S. 16)
- „Der Beamtenstatus hat sich bewährt. Wir planen daher keinerlei Veränderungen.“ (SPD, S. 29)

#### 1.2 Aussagen der Grünen vor der Landtagswahl

- „Die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes und längeres gemeinsames Lernen sind (...) von zentraler Bedeutung.“ (S. 15)
- „Auf dem Weg zu einem gerechteren und besseren Schulsystem in Rheinland-Pfalz wollen wir GRÜNEN den Ausbau von integrierten Gesamtschulen voranbringen“ (S. 17)
- „Unser Bundesland belegt bei den Bildungsausgaben im Bundesländervergleich den vorletzten Platz. Dieses ernüchternde Ergebnis zeigt in aller Deutlichkeit: Rheinland-Pfalz setzt bei seinen Investitionen die falschen Prioritäten.“ (S. 19)
- „Qualifizierte Lehrkräfte mit fachlich und insbesondere unterrichtspraktisch hohen Kenntnissen können nur in gut besoldeten und mit hoher Wertschätzung für ihren Beruf ausgeprägten Umgebungen gehalten werden. Hierauf muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden.“ (S. 27)
- „Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sehen im Tätigkeitsfeld der Lehrkräfte keine Hoheitliche Aufgabe, die einen

Beamtenstatus zwingend geboten erscheinen lassen.“ (S. 29)

- „Wir streben (...) eine Dienstrechtsreform an, in der Lehrkräfte nicht mehr nach Schularten, sondern Schulstufen ausgebildet werden.“ (S. 29)

## 2. Der „rot-grüne“ Koalitionsvertrag

### 2.1 Bildungspolitische Aussagen

Der 101-seitige Koalitionsvertrag befasst sich im zweiten von 16 Kapiteln (von S. 7 bis S. 20) unter der Überschrift „Wir wollen die beste Bildung für Alle“ mit Kindertagesstätten, Schulen, beruflicher Bildung, Hochschulen und Kultur. Einige zentrale Aussagen seien hier exzerpiert:

- „Wir wollen Bildungschancen und individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen, damit sie nach ihren Begabungen bestmöglich gefördert werden und gleiche Chancen erhalten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.“ (S. 7)
- „Wir wollen wohnortnahes Lernen erhalten.“ (S. 7)
- „Wir wollen Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens stärken.“ (S. 7)
- „Wir stehen für ein durchlässiges Bildungssystem, das in den verschiedenen Phasen der Bildungslaufbahn immer wieder neue Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet.“ (S. 7)
- „Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie hohe Leistungsfähigkeit der Bildungsangebote gehören für uns zusammen.“ (S. 7)
- „Wir stehen ein für ein qualitativvolles und sozial gerechtes Bildungssystem, das allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln und das niemanden zurücklässt. Des-

halb ist es Aufgabe aller Schularten, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern, sie zu einem möglichst guten Abschluss zu führen und so Aufstiegsorientierung und Durchlässigkeit zu leben. Wir wollen die Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten.“ (S. 9)

- „Wir werden Realschulen Plus, Integrierte Gesamtschulen (IGS) und Gymnasien in ihrer wichtigen pädagogischen Arbeit fördern.“ (S. 9)
- „Wir wollen die demografische Rendite nutzen, um die Qualität in den Schulen zu erhöhen und die pädagogischen Rahmenbedingungen zu verbessern.“ (S. 10)
- „Wir wollen Lehrkräfte entlasten, Schülerinnen und Schüler noch besser individuell fördern und dem Elternwillen Rechnung tragen.“ (S. 10)
- „Wir werden die Klassengrößen schrittweise verkleinern und damit in den Grundschulen beginnen. Auch die Klassenmesszahl in den Orientierungsstufen in den Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien soll reduziert werden.“ (S. 10)
- „Wir werden auch bei zurückgehenden Schülerzahlen Lehrkräfte einstellen, um so eine gute Unterrichtsversorgung in allen Schularten zu sichern.“ (S. 10)
- „Der landesweite Ausbau der Schulsozialarbeit soll fortgesetzt werden.“ (S. 10)
- „Wir werden den Schulpsychologischen Dienst ausbauen.“ (S. 10)
- „Das Pädagogische Landesinstitut muss ‚das Ohr an den Schulen haben‘. Die regionalen und nachfrageorientierten Angebote müssen verstärkt werden.“ (S. 10)
- „Wir stellen sicher, dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens im Schuljahr 2012/2013 die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen System der Schulbuchausleihe geprüft werden und auf der Basis dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden eine ggf. erforderliche Anpassung der Verwaltungspauschale erfolgt.“ (S. 10)
- „Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Ganztagschulen ein. Bis 2016 soll in Rheinland-Pfalz jede zweite Schule ein Ganztagsangebot machen.“ (S. 10)
- „Wir wollen längeres gemeinsames

Lernen verstärkt ermöglichen, wo es vor Ort gewünscht wird. Wir wollen die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen unter Sicherung des Qualitätsniveaus unterstützen und erleichtern; bei zukünftigen Neueinrichtungen soll deshalb bereits die reduzierte Klassenmesszahl von 25 für die Orientierungsstufe zugrunde gelegt werden.“ (S. 11)

- „Wir wollen Realschulen Plus ermutigen, verstärkt integrative Angebote zu machen.“ (S. 11)
- „Realschulen Plus können weiterhin mit einer Fachoberschule verbunden werden.“ (S. 11)
- „Wir werden einen Modellversuch für mehr Selbstständigkeit von Schulen starten, in den die Erfahrungen aus bisherigen Schulversuchen einfließen. Auf Antrag der Schule und mit Zustimmung der Eltern und des Schulträgers erhalten die Schulen in diesem Rahmen die Möglichkeit, die Noten durch Lernentwicklungsberichte zu ergänzen, Sitzenbleiben überflüssig zu machen und auf Abschulung zu verzichten. Im Rahmen dieses Modellversuches soll den Schulen zudem mehr Budgetverantwortung übertragen und stärkere Mitsprache bei der Personalauswahl gewährt werden.“ (S. 11)
- „Wir wollen in allen Schulen dafür sorgen, dass die Zahl der Klassenwiederholungen weiter sinkt.“ (S. 11)
- „Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen über die Schulform ihrer Kinder selbst entscheiden können. Dazu werden wir im Schulgesetz als weiteren Schritt auf dem Weg zur Inklusion ein Wahlrecht zwischen Förderschulen und integrativen/inkluisiven Angeboten in der Regelschule verankern. Wir wollen dabei verstärkt Regelschulen in die Lage versetzen, mit sonderpädagogischer Unterstützung solche Angebote vorzuhalten, wie dies bei den Schwerpunktschulen bereits der Fall ist.“ (S. 11)
- „Bei einer anstehenden Schulgesetznovelle soll geprüft werden, wie die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern und Eltern gestärkt werden können.“ (S. 11)
- „Wir wollen, wo sinnvoll umsetzbar, die Möglichkeit schaffen, in der Lehrerbildung die Lehrbefähigung

für mehr als eine Schulart bzw. Schulstufe zu erwerben. Als nächsten Schritt werden wir die Möglichkeit schaffen, im Lehramtsstudium der Realschule Plus durch Studienleistungen im Umfang eines zusätzlichen Semesters im Master-Studium auch die Befähigung für das Lehramt an Gymnasien zu erwerben.“ (S. 12)

- „Wir wollen gerade jene Menschen erreichen, die unterdurchschnittlich von Bildung profitiert haben.“ (S. 16)
- „Wir wollen aber auch in den Schulen neue Wege zur Mitsprache und Beteiligung eröffnen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulausschüsse, in denen Schülerinnen, Schüler und Eltern gleichberechtigt vertreten sind, deutlich erweitern.“ (S. 19)

## 2.2 Weitere Aspekte mit bildungspolitischer und beamtenrechtlicher Relevanz

- „Handlungsfähige Personalräte sind für uns unverzichtbare Partner einer modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Verwaltung im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger.“ (S. 38)
- „Wir wollen die duale Ausbildung weiter stärken, zum Beispiel durch die Verbesserung der Berufsorientierung, die Stärkung der fachlichen und persönlichen Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen und eine attraktive Gestaltung der Anschlussmöglichkeiten.“ (S. 40)
- „Wir wollen, dass Weiterbildung zu einer Selbstverständlichkeit für Unternehmen und Beschäftigte wird.“ (S. 41)
- „Wir setzen uns ein für flexible Übergänge in den Ruhestand, die die unterschiedlichen Belastungen in den Berufen berücksichtigen. Wir stärken die Maßnahmen für Gute Arbeit für Ältere, für altersgerechtes Arbeiten, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung.“ (S. 41)
- „Unter anderem werden wir den Beamtinnen und Beamten zusagen, dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird.“ (S. 67)
- „Wir werden die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre mit flexiblen Übergängen prüfen und dabei auch entscheiden, ob es

für einzelne, besonders belastete Berufsgruppen Ausnahmeregelungen geben soll.“ (S. 67)

- „Die demografische Dividende in der Schule werden wir in Teilen für organisatorische und pädagogische Verbesserungen und zum Teil für die Konsolidierung nutzen. Damit werden die Angebote im Bildungssystem verbessert und der Konsolidierungsprozess unterstützt.“ (S. 67)
- „Medienkompetenz wird ein wichtiger Bestandteil in der Lehreraus- und -fortbildung.“ (S. 92)

### 2.3 Ein erstes Fazit

Der Koalitionsvertrag respektiert die Vielfalt der Schularten. Das Modell „Eine Schule für Alle“, wie von den GRÜNEN noch im Wahlkampf gefordert, wird demzufolge in dieser Konsequenz nicht umgesetzt. Allerdings erhält „längeres gemeinsames Lernen“ den auch von der SPD im Vorfeld propagierten Stellenwert. Ganztagschule und Integrierte Gesamtschulen sollen zunehmende Unterstützung erfahren. Der Hinweis auf die Sicherung des Qualitätsniveaus im Zusammenhang mit Errichtungen von Integrierten Gesamtschulen lässt vermuten, dass dem inflationären Errichtungswillen Grenzen gesetzt werden. Die „Ermutigung“ zu verstärkten integrativen Angeboten an Realschulen Plus ist einseitig. Wenn beide Formen der Realschulen Plus, nämlich kooperative und integrative Systeme, als gleichwertig angesehen werden, dann muss auch ein Angebotswechsel von der integrativen zur kooperativen Form möglich sein, falls die Schule dies wünscht.

Zugesichert wird die Verbindung zwischen Fachoberschule und Realschule Plus.

Unerwähnt bleibt die notwendige Fortschreibung der Klassenmesszahl von 25 über die Orientierungsstufe hinaus. Eine solche Obergrenze benötigt insbesondere die Realschule Plus vor dem Hintergrund ihrer besonderen pädagogischen Herausforderungen.

„Grün gefärbt“ sind die Hinweise, Modellversuche u.a. mit der Zielsetzung einzurichten, Noten durch Lernent-

wicklungsberichte zu ergänzen bzw. das Sitzenbleiben überflüssig zu machen.

Das Unterstützungsangebot an Regelschulen, die sich Kindern mit Behinderungen annehmen (Stichwort „Inklusion“), ist sehr vage formuliert.

Die Möglichkeit, die Lehrbefähigung für mehr als eine Schulart bzw. Schulstufe zu erwerben, darf nicht zu einer „Allround-Ausbildung“ führen, vergleichbar mit der früheren „Zehnkämpfer-Ausbildung“ von Volksschullehrern. Wenn das Lehramtsstudium der Realschule Plus durch Studienleistungen im Umfang eines zusätzlichen Semesters im Master-Studium auch die Befähigung für das Lehramt an Gymnasien einschließt, dann müssen entsprechende Anpassungen hinsichtlich der Besoldung und des Stundendeputats vorgenommen werden.

Die in den Ausführungen zur Bildung geweckte Hoffnung, dass die demografische Rendite zu Qualitätsverbesserungen und zur Entlastung der Lehrkräfte genutzt wird (S. 10), erfährt in den Darstellungen der zukünftigen Finanzpolitik eine erhebliche Einschränkung (S. 67). Hier wird von den Finanzpolitikern vertraglich festgeschrieben, dass die demografische Dividende in der Schule in Teilen auch für die Konsolidierung des Haushalts genutzt wird. Es verwundert schon, dass die Finanzpolitiker den Bildungspolitikern in einem Koalitionsvertrag so deutlich Grenzen aufzeigen können.

Bildungspolitisch setzt sich die neue Landesregierung u. a. durch den Ausbau der Ganztagschulen ehrgeizige Ziele, die erhebliche Kosten verursachen werden. Es stellt sich die Frage, wie diese Projekte finanziert werden sollen. Möglicherweise wird es an anderen Stellen im Bildungssystem massive Einsparungen geben.

Die „Zusage“ der rot-grünen Koalition an die Beamtinnen und Beamten, dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird, bedeutet, dass diesen – ebenso wie den Pensionären und Hinterbliebenen – bis 2016 mehrere Minusrunden aufgezwungen werden, weil die Inflationsraten deutlich über diesem Wert liegen werden. Dies werden die Verbände

und Gewerkschaften nicht hinnehmen. Ein weiterer Einschnitt bedeutet die beabsichtigte Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters auf 67 Jahre. Dass Lehrkräfte zu den besonders belasteten Berufsgruppen gehören, wurde in der Vergangenheit allgemein und auch politisch anerkannt. Demzufolge erwarten und fordern wir, dass unsere Berufsgruppe von dieser angekündigten Regelung ausgenommen wird. Auch in dieser Frage ist der Einfluss des Bildungsministeriums auf den Ministerrat und den Finanzminister gefordert.

## 3. Ein neugieriger Blick auf den „grün-roten“ Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg

### 3.1 Bildungspolitische Aussagen

Beide Regierungspartner hatten am 7. Mai auf Sonderparteitagen in Stuttgart (Die GRÜNEN) und Sindelfingen (SPD) einstimmig für den 80 Seiten starken Koalitionsvertrag votiert. Es gab nicht eine einzige Ablehnung.

Unter der Überschrift „Bildungsaufbruch an den Schulen“ erklären die Koalitionspartner: „Das baden-württembergische Schulsystem ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es ist sozial ungerecht und basiert auf dem Prinzip des Aussortierens. Das wollen wir ändern. Denn die Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unser Ziel ist ein sozial gerechtes Schulsystem, in dem nicht die Kinder sich an die Schule anpassen müssen, sondern die Schule an die Kinder angepasst wird.“ (S. 5) (...) „Wir ersetzen die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern. Die Eltern treffen danach die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind.“ (S.5) (...) „Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen. (...) Wir werden die Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz verankern und den Kommunen dadurch ermöglichen, Gemeinschaftsschulen verlässlich einzurichten, wenn sie dies wollen.“ (S. 6) (...) „Die neue Werkreal-

schule ist als Konzept nicht zukunftsfähig. Wir werden allen Schülerinnen und Schülern an Haupt- und Werkrealschulen ein zehntes Schuljahr ermöglichen. (...) Die frühe berufliche Spezialisierung durch Wahlpflichtfächer wird durch eine breite berufliche Orientierung ersetzt. Insbesondere die Realschulen müssen die Herausforderungen einer immer heterogeneren Schülerschaft bewältigen. (...) Der Bildungsplan für die Realschule muss so verbessert werden, dass er mit dem des beruflichen Gymnasiums kompatibel ist.“ (S. 8)

### 3.2 Kurzkomentar zur geplanten Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und SPD-Verhandlungsführer Nils Schmid sind im PISA-erfolgsverwöhnten Baden-Württemberg nicht gerade behutsam vorgegangen. Längeres gemeinsames Lernen wird keine breite Zustimmung finden. Mit Bildungsreformen werden allerdings auch keine Wahlen gewonnen, sondern eher verloren, wie jüngste Beispiele aus ande-

ren Bundesländern, z.B. aus Hamburg, deutlich belegen. Die schulpolitische Umstellung wird in Baden-Württemberg viel Unruhe erzeugen. Die neue Gemeinschaftsschule dürfte es schwer haben, sich zu etablieren und erfolgreich durchzusetzen.



**Bernd Karst**  
VDR-Landesvorsitzender  
Karst.Bernd@vdr-rlp.de

## V D R - P R E S S E M I T T E I L U N G

# Versprochen ist versprochen!

In Wahlveranstaltungen haben Landespolitiker ihre Pläne zu den unterschiedlichen Politikfeldern nachhaltig mit dem Slogan untermauert: „Versprochen ist versprochen!“.

Der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) Bernd Karst warnt die neue Landesregierung vor einem Vertrauensbruch durch das provokant leichtfertige Aufgeben ihrer Wahlversprechungen. Er erinnert an die von SPD und Bündnis90/Die Grünen gegebenen Zusagen, dass „durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werdende Ressourcen nicht eingespart, sondern im Schulsystem verbleiben und in ... pädagogische Verbesserung investiert werden“ (SPD) und dass „qualifizierte Lehrkräfte mit fachlich und insbesondere unterrichtspraktisch hohen Kenntnissen nur in gut besoldeten und mit hoher Wertschätzung für Ihren Beruf ausgeprägten Umgebungen gehalten werden können“ (GRÜNE).

Wie sollen sich „die Besten jedes Jahrgangs“ für den Lehrerberuf entscheiden, wenn ihnen die neue Landesregierung für die kommenden Jahre deutliche Verluste des Realeinkommens in Aussicht stellt, während gleichzeitig die Löhne im Bereich der Wirtschaft attraktiv ansteigen? Insbesondere für die Unterrichtsversorgung in den sog. MINT-Fächern würden sol-

che Einsparungen fatale Folgen zeigen.

Karst kritisiert zudem den scheinbar neuen Politikstil der Landesregierung, ohne Gespräche mit den Lehrverbänden, Gewerkschaften und Personalräten die Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts festzulegen. Er erinnert die Koalitionäre an die im Koalitionsvertrag im Kapitel „Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung“ gemachten Zusagen, dass Personalräte unverzichtbare Partner einer modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Verwaltung sind und die neuen Koalitionäre den Dialog mit den Gewerkschaften und Verbänden weiter fortsetzen wollen.

Der VDR-Vorsitzende fordert die neue Landesregierung auf, die in den letzten Tagen angekündigten Einsparungen im Bildungsbereich und in der Beamtenbesoldung zurückzunehmen: „Beste Bildung gibt es nicht zum Schleuderpreis!“

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring,  
Pressereferent, 18.05.2011



# Mittel für den Vertretungsunterricht reichen nicht aus! Haushälter des Bildungsministeriums ziehen die Notbremse!

In dem neuen Koalitionsvertrag haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Grundsatzserklärungen zur Bildungspolitik wie folgt beschrieben: „ Wir stehen ein für ein qualitativvolles und sozial gerechtes Bildungssystem, ... .“ Schon die ersten Tage gemeinsamer Regierungsverantwortung machen deutlich, dass der Schulalltag nicht nur mit programmatischen Aussagen zu meistern ist.

## Worum geht es?

Zur Schulwirklichkeit gehören Ausfälle infolge Mutterschutz, Elternzeit, längerer Erkrankung sowie Beurlaubungen. Zur Kompensation dieser Ausfälle hat die Landesregierung im Haushaltstopf unter dem Titel 427 01 Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte bereit gestellt.

## Was soll eingeschränkt werden?

Die in diesem Haushaltstopf für jede Schulart im Landeshaushalt 2011 ausgewiesenen zweckgebundenen Mittel scheinen zu knapp bemessen worden zu sein, so dass für das 2. Kalenderhalbjahr nicht mehr in dem erforderlichen Umfang Mittel zur Verfügung stehen. Das Bildungsministerium zieht das Verfahren zur Genehmigung der Arbeitsverträge für den Vertretungsunterricht vorläufig an sich. Ein Bewirtschaftungsschreiben des Bildungsministeriums im April gibt vor, dass Haushaltsmittel aus dem o. a. Haushaltstopf nur noch nach Prüfung und Zustimmung des Bildungsministeriums eingesetzt werden dürfen.

## Was ist die Folge?

Die vorgegebene ministerielle Marschroute dürfte bei der Gewinnung von Vertretungslehrkräften wenig hilfreich sein. Das Verfahren wird zeitlich ausgeweitet und den Schulen und der ADD werden neue bürokratische Aufgaben übertragen, die Zeittressourcen binden. Die Erfahrung lehrt, dass der Zeitfaktor bei der Gewinnung von Vertretungslehrkräften nicht unterschätzt werden darf. Die neuen ministeriellen Vorgaben dürften das Einstellungs-geschäft gerade zum Beginn des neuen Schuljahres erschweren.

## Was ist der Hintergrund?

Die Mittel aus dem Haushaltstopf 427 01 sind zweckgebunden zur Beseitigung temporärer Probleme zu verwenden. Durch den hierdurch möglichen Einsatz von Vertretungslehrkräften wird das strukturelle Defizit der einzelnen Schulen verringert. Die Vorgehensweise des Ministeriums legt den Schluss nahe, dass die Haushälter in einer „hausgemachten“ finanziellen Notlage einen Ausweg gesucht haben, bis zum Jahresende mit den Haushaltsmitteln über die Runden kommen zu können.

## Was wurde versäumt?

In der Presseerklärung zur Statistik 2010 am 09.11.2010 lobt Bildungsministerin Doris Ahnen die kontinuierliche Einstellungspolitik durch die Schulaufsicht. Sie macht deutlich, dass der Erfolg dieser Einstellungspolitik sich zudem in der Tatsache zeige, dass Rheinland-Pfalz bei der Altersgruppe der Lehrkräfte unter 35 Jahren mit einem Anteil von 20 Prozent deutlich an der Spitze aller Bundesländer liege. Mehr als ein Drittel der im Land beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer sei jünger als 40 Jahre, im bundesweiten Schnitt sei dies nur rund ein Viertel der Lehrerschaft.

Für unseren Verband stellt sich die Frage, ob diese Altersstruktur bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2011 gebührend Berücksichtigung fand. Bei dem relativ hohen Anteil jüngerer weiblicher Lehrkräfte bleibt es nicht aus, dass der Bedarf an Vertretungsunterricht für Mutterschutz und Elternzeit gerade an unseren Schulen steigt. Die dafür eingesetzten Mittel hätten höher

veranschlagt werden müssen. Die Anhebung des Haushaltstitels 427 01 ist für unseren Verband unumgänglich, auch wenn das den neuen Koalitionären mit Blick auf die Schuldenbremse nicht leicht fallen wird.

Im neuen Koalitionsvertrag stellen SPD und Bündnis90/Die Grünen dar, wie wichtig ihnen die Zusammenarbeit mit den Personalräten wie auch den Gewerkschaften und Verbänden insbesondere in arbeitsmarktpolitischen Fragen ist. Der Dialog wird als Leitidee für den Umgang der neuen Landesregierung mit Personalräten und Gewerkschaften und Verbänden ausgegeben.

Die Vorgehensweise des Bildungsministeriums nach der Landtagswahl bzw. in der Zeit der Koalitionsverhandlungen stößt auf Unverständnis. Die Verbände und Gewerkschaften wie auch die Hauptpersonalräte wurden über die Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht informiert.

## Wie reagiert das Bildungsministerium auf die Kritik?

Die heftige Kritik, die wir und die anderen Verbände sowie die Personalvertretungen an der Vorgehensweise des Bildungsministeriums äußerten, scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Mittlerweile hat das Bildungsministerium erkannt, dass bezüglich der aktuell anstehenden Einstellungs-runde dringender Handlungsbedarf besteht. Sehr schnell wurde ein neues Instrument zur Personaleinstellung geschaffen und mit den Hauptpersonalräten erörtert. Zur Vertretungsregelung werden zusätzlich spezielle Planstellen geschaffen. Diese Planstellen sollen aus dem Haushaltstopf 427 01 finanziert werden. Dass



bedeutet, dass diese Haushaltsmittel zur Beseitigung temporärer Probleme nunmehr begrenzt stellenplangebunden oder aber wie bisher über Arbeitsverträge eingesetzt werden können.

### Wie kann Abhilfe geleistet werden?

**Der VDR fordert,** dass die Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Haushaltstitel 427 01 für das 1. Schulhalbjahr 2011/12 zurückgenommen werden.

**Der VDR fordert,** dass die Mittel aufgestockt werden, damit an den Schulen die langfristigen Ausfälle kompensiert werden können.

Die sich abzeichnenden Engpässe führen zu weiteren zusätzlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen. Auch die vom Ministerium geforderten Vertretungskonzepte helfen in den Fällen längerfristiger Ausfälle nicht weiter. Umorganisationen und ständiger Lehrerwechsel im Laufe des Schuljahres verschlechtern die pädagogischen Rahmenbedingungen.

Der VDR bewertet die Schaffung von Planstellen in einem so genannten Vertretungspool als richtigen Lösungsansatz. Wir plädieren dafür, im Dialog mit Verbänden und Gewerkschaften wie auch Personalräten ein neues Vertretungskonzept zu entwickeln.

Der VDR begrüßt die im Koalitionsvertrag angekündigte Modernisierung des Haushaltsrechts, die nach dem Bekunden der neuen Koalitionspartner zu mehr Transparenz führen soll.

### Der VDR fordert

den Einsatz qualifizierter Lehrkräfte im Vertretungsunterricht und verweist auf die im neuen Koalitionsvertrag aufgeführte Grundsatzerklärung: „Die wichtigste Voraussetzung für guten Unterricht sind gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer“



**Wilfried Rausch**  
Stv. Landesvorsitzender  
Ref.: Dienst- und Schulrecht  
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

## V D R - P R E S S E M I T T E I L U N G

Neue Landesregierung unter Druck:

# Haushaltsstopp des Bildungsministeriums sorgt für Unmut an den Schulen!

Scheinbar gehen dem Bildungsministerium die für 2011 geplanten Haushaltsmittel für die Organisation von Vertretungsunterricht schneller als vorausberechnet zur Neige. Um zum Schuljahresbeginn Reserven für den Vertretungsunterricht zu behalten, hat das Ministerium bis zum Schuljahresende einen Haushaltsstopp verhängt und den Abschluss von Vertretungsverträgen erschwert. Solche können nur noch nach ausdrücklicher Genehmigung jedes Einzelfalles durch das Ministerium vergeben werden.

Die Neuregelung stößt in den Schulen auf Unverständnis! Besonders betroffen sind die Lehrkräfte, die seit Jahren im Vertretungsunterricht eingesetzt sind. Viele dieser Lehrkräfte hoffen auf eine Planstelle. Entsprechend engagieren sie sich an ihren Einsatzschulen. Die Schulen ihrerseits sind bestrebt, die bewährten Vertretungslehrkräfte mit Perspektiven an ihren Schulen zu halten und haben sie in die Planung für das kommende Schuljahr eingebunden. Die Vertretungslehrkräfte selbst haben aufgrund der bisherigen Praxis auf eine weitere Verwendung im neuen Schuljahr gesetzt. Mit dieser ohne Vorankündigung vom Bildungsministerium in Gang gesetzten Verfahrensänderung hatte niemand rechnen können. Die Befristung der Arbeitsverträge setzt die Landesregierung in der finanziellen Notlage gezielt als Steuerungsinstrument zur Kostensenkung ein.

Der VDR hat die Kaschierung des tatsächlichen Lehrermangels durch Einstellung von Vertre-

tungslehrkräften seit Jahren kritisiert und Planstellen für die bewährten Vertretungskräfte gefordert. Die jetzt beschlossenen Maßnahmen spielen auf Zeit, indem sie dem Bildungsministerium Handlungsspielraum bis zum neuen Haushaltsjahr verschaffen sollen. Die Schulen werden gut ausgebildete Lehrkräfte verlieren, die im zweiten Kalenderhalbjahr 2011 fehlen.

Der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst fordert den neuen Ministerrat auf, unmittelbar nach seiner Konstituierung die Schiefelage im Haushalt des Bildungsministeriums zu beheben: „Es müssen zusätzliche Planstellen geschaffen werden, die auch den im Einsatz befindlichen Vertretungslehrkräften eine Berufsperspektive bieten und die Unterrichtsversorgung zu Beginn des neuen Schuljahres sichern.“

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring,  
Pressereferent, 6.05.11

# 5 Prozent plus oder 5 Prozent minus?

Die rot-grüne Koalition hat sich gleich zu Beginn der Regierungsbildung in ihrem Koalitionsvertrag präzise festgelegt: Die künftig für die Beamtinnen und Beamten des Landes vorgesehenen Einkommenssteigerungen sollen sich im Rahmen von 1 Prozent jährlicher Gehaltssteigerung bewegen und bleiben damit weit unter der zu erwartenden Inflationsrate.

Ministerpräsident Beck formuliert positiv, dass so den Beamtinnen und Beamten eine Planungssicherheit gegeben werde. Diese ist nicht zu bestreiten, sicher aber denkt er dabei an die Planungssicherheit der Finanzkasse des Landes und an die Auswirkungen der kommenden Schuldenbremse.

Eine negative Reallohnentwicklung wird aber nicht nur die Schulden, sondern auch das Wirtschaftswachstum bremsen. Eine Abkoppelung der Beamtenschaft von der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung in dem angekündigten Rahmen ist zudem unsozial, weil untere Besoldungsgruppen stärker von der Wirkung der Schuldenbremse betroffen sind und erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. So wird der Zwang zum Sparen zu einem Gerechtigkeitsproblem und aus plus

einem Prozent pro Jahr werden dann schnell ca. minus 1,5 Prozent pro Jahr. Denn die derzeitige Preissteigerungsrate liegt bei 2,6 % gegenüber den Preisen des Monats Mai vor einem Jahr.

Es ist also ein gravierender Besoldungseinschnitt für die Beamtinnen und Beamten, der dem Tarifabschluss vom März dieses Jahres in keiner Weise entspricht, da die für 2012 sicher geglaubte Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtenschaft des Landes nicht erfolgen soll.

**Der VDR fordert** eine der allgemeinen Preisentwicklung angepasste Lohn- und Gehaltspolitik für Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz.

Aus 5 Prozent plus werden nach 5 Jahren mindestens 5 Prozent minus ge-

worden sein. Es darf nicht zum Prinzip der Landespolitik werden, dass der inflationäre Gebrauch des Wortes ‚Plus‘ nachher zu einem realen ‚Minus‘ für die Beschäftigten und die Beamtinnen und Beamten des Landes wird.

**Der VDR wird sich in Zusammenarbeit mit dem dbb und der dbb tarifunion für eine gerechte Lohn- und Gehaltspolitik einsetzen und die berechtigten Forderungen auch der Lehrerschaft nachhaltig vertreten.**



**Martin Radigk**  
Landeskassierer  
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht  
Radigk.Martin@vdr-rlp.de



**Hans Thielen**  
Ehrenvorsitzender  
dbb-Referent  
Thielen.Hans@vdr-rlp.de

## Höchstaltersgrenze von 45 Jahren für Beamte rechtmäßig

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz hat im April entschieden, dass das Land Rheinland-Pfalz die Berufung in das Beamtenverhältnis davon abhängig machen kann, dass Bewerber das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Höchstaltersgrenze sei gerechtfertigt, um dem Anspruch auf die Gewährung von Versorgungsbezügen nach der Pensionierung, für die das Land aufkommen müsse, von einer Mindestarbeitszeit des Beamten abhängig zu machen.

In mehreren Verfahren hatten sich

Lehrerinnen und Lehrer, die bislang im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, dagegen gewehrt, dass ihre Verbeamtung unter Hinweis auf ihr Alter abgelehnt worden war. Ihre Klagen, mit denen sie insbesondere einen Verstoß gegen das Verbot der Altersdiskriminierung geltend gemacht haben, wies das Oberverwaltungsgericht im Berufungsverfahren ab.

Laut OVG ermögliche die Altersgrenze von 45 Jahren nicht nur den Zugang zum Lehramt für grundsätzlich jeden, der sich frühzeitig für den Lehrerberuf

entscheide, sondern belasse darüber hinaus einen hinreichend großen zeitlichen Spielraum für die Berücksichtigung alternativer Lebensplanungen. Wo diese – wie etwa bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen – im öffentlichen Interesse lägen oder wo ein Härtefall bestehe, erlaube das geltende Recht zudem Ausnahmen von der Altersgrenze.

Quelle:  
Pressemitteilung Nr. 35/2011 vom  
27.05.2011 OVG Rheinland-Pfalz

## Leserbrief



# Frust in den Lehrerzimmern

Wie die Ankündigungen von Sparmaßnahmen durch die neue Koalition von der Lehrerschaft empfunden werden, spiegeln zahlreiche Briefe und Mails an den VDR. Die derzeitige Stimmung in den rheinland-pfälzischen Lehrerzimmern ist keine gute Grundlage für die von den Schulen erwartete Qualitätsoffensive. In Auszügen veröffentlichen wir exemplarisch die Zuschrift einer jungen Kollegin an den VDR-Landesvorsitzenden:

*„Sehr geehrter Herr Karst,  
meinen Frust möchte ich mir mit diesem Schreiben ein wenig von der Seele schreiben. Ich hoffe, dass Sie in Ihrer Position an den richtigen Stellen etwas bewirken können oder wissen, was man tun kann.*

*Ich bin verärgert, dass Lehrer in den kommenden Jahren nur 1% Gehaltserhöhung pro Jahr bekommen sollen. Dies entspricht nicht der Tarifvereinbarung der Angestellten im öffentlichen Dienst und erst recht nicht der derzeitigen Inflationsrate von 2,6%. ...*

*Außerdem soll die Beihilfe weiter gekürzt werden. Ich dachte es wäre festgelegt, dass der Arbeitgeber 50% der Gesundheitskosten trägt. ... Ich finde die derzeitige Selbstbeteiligung von 300 € bereits heftig. Wo soll das noch hinführen? ...*

*Ärgern tut mich natürlich auch noch, dass der Familienzuschlag neu bemessen, also gekürzt werden soll und die Lehrer außerdem bis 67 arbeiten sollen. Die Regierung hat vor der Wahl damit geworben, in die Bildung zu investieren, aber nun sollen Stellen gekürzt werden und die Landesbeamten müssen die schon angesprochenen Einschnitte schlucken. Wo ist da also die Investition? Ich fühle mich belogen und betrogen. Am schlimmsten finde ich, dass man sich nicht wehren kann. Ich wünschte, ich könnte auf die Straße gehen und streiken. Aber das ist mir untersagt.*

*Ich schreibe Ihnen diese Mail in der Hoffnung, dass Sie alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen werden, wie man die Vorhaben der Regierung verhindern kann. Bitte lassen Sie auch prüfen, ob ... man ein Land nicht verpflichten kann, Tarifvereinbarungen von Landesangestellten für die Beamten zu übernehmen, wenn diese schon nicht selbst dafür kämpfen dürfen.*

*Als junge Lehrerin sind Zeitungsmeldungen wie die von heute für mich äußerst frustrierend, weil ich noch 40 Dienstjahre vor mir habe .... Ich glaube, dass sich auch viele junge Menschen gegen den Lehrerberuf entscheiden, wenn sie solche Meldungen in der Zeitung lesen, weil der Lehrerberuf damit weiter abgewertet wird.*

*Ich hoffe, Sie können irgendwas bewirken. Meine Unterstützung haben Sie. So kann es nicht weiter gehen!*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Z \* “*

\*) Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt

# Heterogenität: eine praxisorientierte Annäherung

Mit Unterstützung der Landesarbeitsgemeinschaft „SchuleWirtschaft“, unternahm der VDR mit dem Seminar „Umgang mit Heterogenität – eine praxisorientierte Annäherung“ den Versuch, Orientierungshilfe zu geben.

In unserem Schulgesetz heißt es in §10 Absatz 1 „Jede Schulart und jede Schule ist der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler verpflichtet.“ Problematisch ist, dass eine Zielsetzung vorgegeben wird, deren Erreichung die Schule vor große Herausforderungen stellt, weil der pädagogisch-didaktische Weg dorthin noch unbekannt ist.



„Die bildungspolitische Leitlinie, das deutsche (...) Schulsystem "auf individuelle Förderung umzustellen", gehört seit mehr als einem Jahrzehnt zu den zentralen Eckpunkten von Reformbemühungen. In der Praxis aber sind Lehrkräfte mit der Heterogenität von Lernvoraussetzungen überfordert. Es fehlen ihnen diagnostische Kompetenzen, Beratungskompetenzen, Kenntnisse und Erfahrungen für individualisierten Unterricht sowie erprobte Materialien und Modelle.“

Quelle: FAZ 09.12.2010 – „Wirksame Konzepte zur Sprach- und Leseförderung gesucht“. Petra Stanat lehrt Erziehungswissenschaft, leitet das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Mitglied im Pisa-Konsortium.

Zur Unklarheit über das, was unter individueller Förderung verstanden werden kann, kommt noch hinzu, dass die aktuellen Arbeits- und Rahmenbe-

dingungen an rheinland-pfälzischen Schulen individuelle Förderung stärker behindern als befördern.

Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung macht sich jede Schule auf den Weg, der zunehmenden Heterogenität gerecht zu werden, indem Schulqualitätsprogramme und Konzepte zur individuellen Förderung konzipiert und umgesetzt werden. Leider besteht – das ergeben die Begegnungen und Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen – aufgrund der oben skizzierten Unklarheit die Gefahr, dass unter den aktuellen Alltagsrestriktionen Irrwege begangen werden: In solchen Fällen wird das intendierte Förderziel nicht erreicht, die Bemühungen enden in einer Sackgasse. Entmutigung und Erschöpfung sind die Folge.



## Individuelle Förderung – kein einheitliches Begriffsverständnis geben

In dem von der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT und dem VDR organisierten Seminar „Umgang mit Heterogenität – eine praxisorientierte Annäherung“ wurden die Teilnehmer gebeten, ihre Definition von „Individueller Förderung“ zu verschriftlichen. Die Auswahl an Definitionen verdeutlicht, dass es kein einheitliches Begriffsverständnis gibt. Zudem ist der Anspruch mitunter sehr hoch angesiedelt. Notwendig ist aber, dass jede Schule für sich für Klarheit sorgt, was man vor Ort unter „Individueller Förderung“ verstehen will.

## Individuelle Förderung bedeutet für mich ...

- ... jede Schülerin/jeden Schüler dort abholen, wo sie sind, sowohl die schwachen, mittelmäßigen und leistungsstarken. Das Bestmögliche aus jedem Kind hervorholen.
- ... heißt für mich, die "Ausgangssituation" des Kindes zu diagnostizieren, ihm Fördermaterialien zur Verfügung zu stellen, um seine Defizite aufzuarbeiten.
- ... für jeden Schüler/jede Schülerin die "Latte" ganz individuell so hoch zu hängen, dass er/sie diese jeweils gerade noch erreicht (sie es bei "1,30" oder "1,80").
- ... Eröffnung unterschiedlicher Lernkanäle.
- ... Förderung von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern. Förderung mit der Zielsetzung zu stärkerer Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit.

Es ist davon auszugehen, dass es an jeder Schule eine solche Vielfalt von Definitionen bzw. Begriffsvorstellungen gibt. Das kann sich auf die schulischen Förderziele, sollten diese nur vage formuliert sein, hemmend auswirken, weil jede Kollegin und jeder Kollege das Ziel und den Weg ganz unterschiedlich interpretiert und ihr/sein unterrichtliches Tun dementsprechend ausrichtet. Mit dem für alles Mögliche ge- oder auch missbrauchten „Kompetenzbegriff“ verhält es sich übrigens ebenso.



Ziel des Seminars war es aufzuzeigen, was laut aktuellem Forschungsstand und den gegebenen Alltagsrestrikti-

onen an unseren Schulen sinnvoll angegangen werden kann und überhaupt leistbar ist. Intendiert war zudem, immer auch „Best-Practice-Beispiele“ aus dem Schulalltag vorzustellen.



Begrüßt wurden die Teilnehmer von **Dr. Dirk Hannowsky**, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT**.

Mit einem Überblick über den aktuellen Forschungsstand in den Bereichen Lernpsychologie, (konstruktivistischer) Didaktik, Hirnforschung, Pädagogik und Lehr- und Lernforschung unternahm **VDR-Referent Michael Eich** eine Begriffsschärfung und schlussfolgerte dabei, was unter den gegebenen schulischen Rahmenbedingungen im Kontext Heterogenität und Förderung sinnvoll angegangen werden sollte und welche Maßnahmen sich als nicht förderlich erweisen könnten.



Die Schulleiterin der Hermann-Gmeiner-Realschule plus Daaden, **Lena Daub**, verdeutlichte am Beispiel ihrer Schule, wie die organisatorischen Rahmenbedingungen an Schulen gestaltet werden können, um der wachsenden Heterogenität durch Maßnahmen zur Stärkung der Kooperation in den Kollegien und Fachgruppen (bei Unterrichtsvorbereitung, Unterrichtsdurchführung, Leistungsmessung und Problembewältigung) zu begegnen. **VDR-Referent Timo Lichtenthäler** stellte die Kooperationsorientierung bzw. das Kooperative Lernen (Denken-

Austauschen-Vorstellen) als eine von Schulen aktuell leistbare Möglichkeit vor, den Schülerinnen und Schülern individuelle Lernwege zu eröffnen. Zugleich wies er aber auf die Voraussetzungen hin, die erfüllt werden müssen, wenn Kooperatives Lernen gelingen soll.



**Holger Lüsebrink**, stellvertretender Schulleiter der BBS Technik Koblenz, stellte in seinem Vortrag über die Erfahrungen in der Praxis dar, dass die Heterogenität in der Berufsbildenden Schule aufgrund der ganz unterschiedlichen Bildungs- und Ausbildungswege schon immer groß war.



**Leif-Erik Grabe**, ebenfalls von BBS Koblenz Technik (Abteilung Bau und Physik), stellt das Konzept der so genannten „LernJobs“ vor, das für die Realschulen plus vor allem für den Wahlpflichtbereich von großem Nutzen sein kann. Bei den LernJobs geht es darum, selbstgesteuerte und selbstreflexive Lernprozesse zu ermöglichen: Leistungsstarke Schüler können möglichst frei arbeiten, während leistungsschwächere Schüler durch eine bestimmte Aufgabenstrukturierung enger geführt werden.



Neben den Beiträgen der Referenten, war vor allem eines sehr fruchtbar: Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen und das gemeinsame Durchdenken und Erarbeiten von Optionen zur Bewältigung der schulischen Herausforderungen durch die wachsende Heterogenität.



Die Seminarleiter **Michael Eich** und **Timo Lichtenthäler** dankten abschließend den Referenten für ihr Engagement und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für wertvolle Beiträge, viele positive Rückmeldungen und konstruktive Verbesserungsvorschläge. Die Thematik wird die Referenten auch weiterhin umtreiben...



**Michael Eich**  
Komm. Bezirksvorsitzender Neustadt  
Eich.Michael@vdr-rlp.de



**Timo Lichtenthäler**  
Bezirksvorsitzender Koblenz  
Ref.: Delegierte, Newsletter  
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de

# Duale Ausbildung – das unterschätzte Erfolgsmodell

Die Duale Ausbildung gibt es in dieser Form nur im deutschsprachigen Raum. Vielleicht ist das der Grund dafür, warum internationale Bildungsstudien bei der Bewertung dieses Systems, das Praxis im Betrieb mit Theorie in der Schule verbindet, ihre Schwierigkeiten haben. Dabei kann das Niveau vieler Ausbildungsabschlüsse durchaus mit Studienabschlüssen in anderen Ländern verglichen werden. Auch das Einkommen von Absolventen einer dualen Ausbildung steht dem von Akademikern nicht unbedingt nach, wenn man bedenkt, dass die „Azubis“ in der Regel bereits 10 Jahre früher Geld in der Tasche haben.



Die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land und die wirtschaftliche Stärke der Exportnation Deutschland (trotz mäßiger PISA-Ergebnisse!)

ist sicher zu einem großen Teil auf die Duale Berufsausbildung zurückzuführen. Damit dieses Erfolgsmodell erhalten bleibt und gestärkt wird, braucht man erfolgreiche und leistungsorientierte Schulen mit mittlerem Abschluss und Betriebe, die mit ihnen kooperieren.

Erfreulich ist, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Dualen System im Jahr 2010 um 0,5 Prozent höher lag als im Vorjahr. Nach einer Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes fanden im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz 28.726 Jugendliche eine Lehrstelle. Die Zahl der Neuabschlüsse stieg im größten Ausbildungsbereich, Industrie und Handel, um 0,5 Prozent auf nunmehr 15.872. Im Handwerk, dem zweitgrößten Ausbildungsbereich, erhöhte sich die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge um 2 Prozent auf 9.126. Auch in der Landwirtschaft gab es im vergangenen Jahr mehr Neuabschlüsse (plus 2,7 Prozent). In den Freien Berufen (minus 4,4 Prozent), dem öffentlichen Dienst (minus 2 Prozent) und in



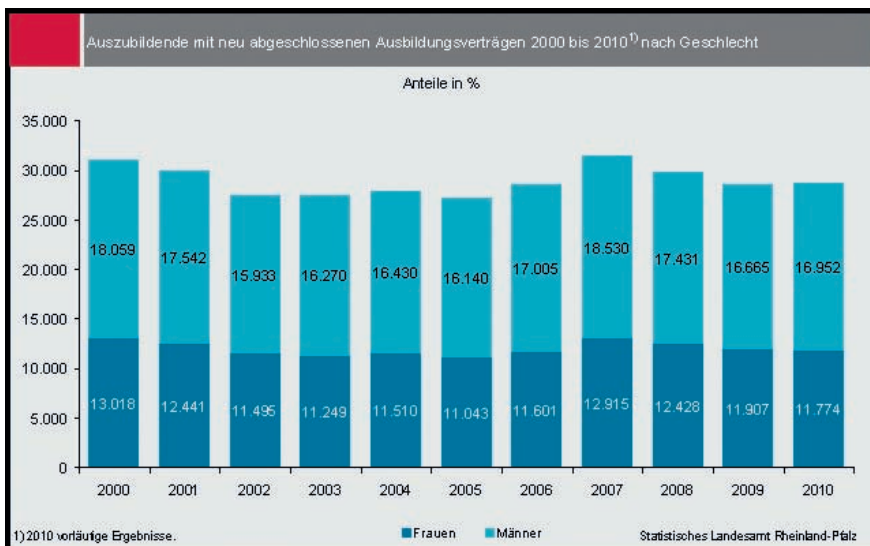
der Hauswirtschaft (minus 5,5 Prozent) wurden weniger neue Ausbildungsverträge unterzeichnet als im Jahr 2009.

Den Jugendlichen bot der Ausbildungsmarkt im Jahr 2010 deutlich bessere Chancen auf eine Ausbildungsstelle als noch in den Vorjahren. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren zum 30. September 2010 in Rheinland-Pfalz zwar insgesamt 460 Bewerber registriert, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Ihnen standen aber 843 gemeldete unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Die aus Sicht der Bewerberinnen und Bewerber entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist auch ein Resultat der demografischen Entwicklung. Die Zahl der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen lag im Jahr 2010 bei 44.369 und damit um 3,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Einen Nachholbedarf bei der Dualen Ausbildung haben die Frauen, die nur 38,3 % aller Azubis stellen.

Quelle: [http://www.statistik.rlp.de/no\\_cache/staat-und-gesellschaft/bildung/einzelansicht/archive/2011/april/article/duale-ausbildung-brim-jahr-2010-fanden-28726-junge-menschen-eine-lehrstelle/](http://www.statistik.rlp.de/no_cache/staat-und-gesellschaft/bildung/einzelansicht/archive/2011/april/article/duale-ausbildung-brim-jahr-2010-fanden-28726-junge-menschen-eine-lehrstelle/)



**Wolfgang Häring**  
Pressesprecher  
Ref.: Fachoberschule (FOS)  
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de



# Anstoß für die MINT-Fächer

Die Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt-Thema „**Anstoß für die MINT-Fächer - damit technische Berufe nicht im Abseits stehen. Wie wir junge Menschen für die MINT-Fächer begeistern können.**“

Die Veranstaltung im Pressezentrum des Fritz-Walter-Stadions bot außerdem die Gelegenheit zum Austausch zwischen Verbänden, Unternehmen und Schulen.



Dr. Gerhard F. Braun

**Dr. Gerhard F. Braun**, Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) und Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) führte in die Thematik mit Hinweisen auf bereits bestehenden Fachkräftemangel „23.000 Ingenieure fehlen pro Jahr. In manchen Technikbereichen kommen auf einen Hochschulabsolventen etwa drei offene Stellen.

Auch Auszubildende sind dort ein knappes Gut. Die ersten Unternehmen müssen bereits wegen Fachkräftemangels Aufträge ablehnen.“ Er formulierte Forderungen an die Schulen „Wir brauchen motivierte und enthusiastische Lehrkräfte“ und die Politik „Halten Sie die demographische Rendite in der Schule! Deutschland muss wieder Bildungsweltmeister werden.“

Der Frage „Wie können wir Jugendliche für den MINT-Bereich interessieren?“

...ging Christel Frey, Vorsitzende „Schule“ der Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** in einem Podiumsgespräch mit Schülerinnen sowie Auszubildenden und Mitarbeiterinnen der Firma KEIPER nach.



**Prof. Dr. Dieter Rombach**, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering (IESE) in Kaiserslautern, Professor für Software Engineering an der Technischen Universität Kaiserslautern und Aufsichtsratsvorsitzender des 1.FC Kaiserslautern, befasste sich in seinem Impulsreferat mit dem Thema „Zukunft der Technik, Technik der Zukunft“. In den Schulen fehlen nach

seiner Ansicht vielfach die Vorstellungen von den Ingenieurberufen. Das gilt es zu ändern. Für die MINT-Fächer sieht er beste Berufsaussichten in „interessanten, interdisziplinären und teamorientierten Arbeitsplätzen.“ Die Erwartungen der Hochschulen an Informatikstudenten fasst er so zusammen:

## Rolle der Informatik

(Erwartungen der Hochschulen)

- Solide mathematische Kenntnisse (nicht Vertiefung)
- Gute Deutschkenntnisse (Sprachfertigkeit in Schrift & Sprache)
- Fremdsprachenkenntnisse (Englisch)
- Interesse an „Engineering“
- Interesse an interdisziplinärer Arbeit (Anwendungsoffenheit)
- Teamfähigkeit
- (Informatikunterricht in der Schule: optional)



von links: Ulrich Brenken, vlbs, Timo Lichtenthäler, VDR, Prof. Dr. Dieter Rombach und Matthias Moelle, Vorsitzender Wirtschaft der LAG **SCHULEWIRTSCHAFT**

Das detaillierte Programm mit Links zu den Vorträgen findet sich unter:

**[www.schulewirtschaft-rp.de/index.php?id=239&type=123](http://www.schulewirtschaft-rp.de/index.php?id=239&type=123)**  
Dort hat man auch Zugang zu den Beratungsergebnissen des Arbeitskreisleiter-Treffens mit Beispielen gelungener Konzepte der Berufsorientierung.



**Wolfgang Wünschel**  
Stv. Landesvorsitzender,  
VDR-Handbuch  
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de



# Suchtprävention – Anspruch ist unfair

Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt 04/2011 tritt die Verwaltungsvorschrift (VV) zur „Suchtprävention in der Schule und Verhalten bei suchtmittelbedingten Auffälligkeiten“ in Kraft. Der VDR hatte schon auf den Entwurf kritisch reagiert und Nachbesserungen angemahnt. Im Auszug veröffentlichen wir exemplarisch die Zuschrift eines jungen Kollegen an den stellvertretenden Landesvorsitzenden:

*„Sehr geehrter Herr Rausch,  
... diese VV ist meines Erachtens exemplarisch dafür, wie seitens der Bildungspolitik inklusive Ministerialverwaltung über uns Schulschaffende verfügt wird, und zwar ohne Bewusstsein für die dadurch entstehenden Anforderungen und Belastungen. Der durch den Wortlaut dieser VV definierte Anspruch ist exorbitant und von daher nicht erreichbar. Das verdeutlicht der nachfolgende Textauszug: „Suchtprävention in der Schule hat zum Ziel, bei Kindern und Jugendlichen langfristig Schutzfaktoren zu entwickeln und zu fördern. Dazu gehören Einstellungen und Handlungskompetenzen, die zu konstruktiven Lösungen alltäglicher Lebensprobleme wie auch zur Bewältigung schwieriger Existenzfragen befähigen und eine gelungene biografische Entwicklung sichern.“ Die „Bewältigung schwieriger Existenzfragen“ soll durch Schule ermöglicht werden, eine „gelungene biographische Entwicklung“ soll gesichert werden – damit wäre ja dann alles gesagt und alle Eventualitäten sind abgedeckt. Wie gut, dass es die Schulen und uns Lehrerinnen und Lehrer gibt, denen man solche Aufgaben verordnen kann. Was wäre doch die Schule für eine heile Welt, ließe sich das alles auch in der Wirklichkeit umsetzen?“*

*Ernsthaft: Ich möchte an dieser Stelle nicht reflexartig auf die Eigenverantwortlichkeit des Individuums oder gar auf die Verantwortung der Eltern abheben – wir sollten uns da nicht immer gegeneinander ausspielen lassen. Die Ungeheuerlichkeit dieses Anspruchs wird aber viel zu unkritisch hingenommen. Gut, könnte man entgegnen, die Mehrheit der Schulen hat sich ja längst auf den Weg gemacht und ist in Sachen Suchtprävention gut aufgestellt. Es ist aber die Summe der Ansprüche solch gearteter Schulgesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die Schule zum Erlahmen bringen, und das hat auch katastrophale Auswirkungen auf unser „Kerngeschäft“: Der Fachunterricht! Dessen Bedeutung ist laut aktueller Forschungsliteratur elementar für das Gelingen von Bildung – aber im Schulalltag spielt er mehr und mehr eine untergeordnete Rolle. Wer alles machen soll und muss, macht am Ende nichts mehr richtig, und schon gar keinen guten Unterricht, der den aktuellen Herausforderungen durch Heterogenität gerecht wird!*

*Zur Entlastung der Beratungslehrkräfte steht im Übrigen im Suchtpräventionstext nur so viel: „Die Schulleiterin oder der Schulleiter unterstützt die Beratungslehrkraft für Suchtprävention in ihrer Arbeit und gewährt ihr den notwendigen Freiraum für ihre Tätigkeit.“ Das sagt doch alles ... oder aber auch nichts!*

*... Als ich die Verwaltungsvorschrift zur Suchtprävention in Amtsblatt gelesen habe, bin ich kurz danach bei einer Lektüre auf einen Witz des Dichters Hermann Lahm gestoßen. Dieser lautet: „Was haben Behörden und die Bremer Stadtmusikanten gemeinsam? Oben wird laut gekräht, die Esel unten müssen die Last tragen.“ Wie passend, habe ich für mich gedacht – lachen konnte ich aber nicht!*

*Mit freundlichen Grüßen*

*E.“ \**

\*) Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt



## Beraterteam des VDR Landesvorstandes Rheinland-Pfalz

Geschäftsführender  
Landesvorstand**Landesvorsitzender**  
Bernd Karst  
karst.bernd@vdr-rlp.de**Stellv. Landesvorsitzender**  
Wilfried Rausch  
rausch.wilfried@vdr-rlp.de**Stellv. Landesvorsitzender**  
Erwin Schneider  
schneider.erwin@vdr-rlp.de**Stellv. Landesvorsitzender**  
Wolfgang Wünschel  
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de**Landeskassierer**  
Martin Radigk  
radigk.martin@vdr-rlp.de**Landesschriftführer**  
Timo Lichtenthäler  
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de**Chefredakteurin**  
„Realschule in RLP“  
Christiane Lehmann  
lehmann.christiane@vdr-rlp.de**Landespresse Sprecher**  
Wolfgang Häring  
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

## Bezirkvorsitzende

**Koblenz**  
Timo Lichtenthäler  
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de**Neustadt**  
Michael Eich  
eich.michael@vdr-rlp.de**Trier**  
Hanns Peters  
peters.hanns@vdr-rlp.de

## VDR-Referenten

**Beamtenrecht/Tarifrecht**  
Hans Thielen  
thielen.hans@vdr-rlp.de**Beamtenrecht/Tarifrecht**  
Erwin Schneider  
schneider.erwin@vdr-rlp.de**Berufsorientierung**  
Tatjana Kuhn  
kuhn.tatjana@vdr-rlp.de**Besoldungs- u. Versorgungsrecht  
Mitgliederverwaltung  
Versicherungsfragen**  
Martin Radigk  
radigk.martin@vdr-rlp.de**Delegiertenfragen  
Integration/Inklusion**  
Timo Lichtenthäler  
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de**Dienst- und Schulrecht**  
Wilfried Rausch  
rausch.wilfried@vdr-rlp.de**Fachoberschulen**  
Wolfgang Häring  
haering.wolfgang@vdr-rlp.de**Geschäftsführung**  
Gudrun Deck  
deck.gudrun@vdr-rlp.de**Gleichstellung/  
Teilzeitbeschäftigung**  
Nicole Weiß-Urbach  
weiß-urbach.nicole@vdr-rlp.de**Homepage**  
Holger Schwab  
schwab.holger@vdr-rlp.de**Homepage**  
Gerhard Hein  
hein.gerhard@vdr-rlp.de**Homepage**  
André Nieser  
nieser.andre@vdr-rlp.de**Integrierte Gesamtschulen**  
Helmut Groß  
gross.helmut@vdr-rlp.de**Junglehrer**  
Peter Quint  
quint.peter@vdr-rlp.de**Lehrerbildung/  
Studienseminare**  
Klaus Langer  
langer.klaus@vdr-rlp.de**Lehrgesundheit/  
Arbeitsschutz**  
Ingrid Pazen  
pazen.ingrid@vdr-rlp.de**Pädagogik/Bildung**  
Dr. Peter Bung  
bung.peter@vdr-rlp.de**Pädagogik/Bildung**  
Marion Bellinger  
bellinger.marion@vdr-rlp.de**Personalvertretungsrecht  
Personalräteschulung**  
Hanns Peters  
peters.hanns@vdr-rlp.de**Rechtsschutzbeauftragter**  
Hermann Kölsch  
koelsch.hermann@vdr-rlp.de**Schulorganisation/  
Schulentwicklung**  
Monika Winkelmann  
winkelmann.monika@vdr-rlp.de**Universitäten**  
Michael Eich  
eich.michael@vdr-rlp.de**VDR-Handbuch**  
Wolfgang Wünschel  
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de**Versicherungs-  
angelegenheiten**  
Alfons Denig  
denig.alfons@vdr-rlp.de**Wahlpflichtfächer  
Informatik**  
Erwin Steilen  
steilen.erwin@vdr-rlp.de

# Schuljahr-Planer

# 2011



2011 2012	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Jan
<b>Mo</b> 1	31. Woche	02. Schulstatistik Stichtag 02. Durchführung der Wahlen der Klassenelternsprecher und Wahlvertreter (Schlusstermin) § 4 SchulWO 02. Wahlen zu d. Schülervertretungen (Wahltermin am Schuljahresbeginn) (Schlusstermin) § 28 SchulWO 10. Meldg. d. Schulstatistik - Schlussterm.	Vierteljahresgespräch zwischen Schulleitung und Personalrat 15. Antrag auf finanzielle Förderung einer Schülerbegegnung im Kalenderjahr 2012 (Stichtag) 15. Antrag auf finanzielle Förderung eines Schüleraustausches mit Mittel- und Osteuropa im Kalenderjahr 2012 (Stichtag) 28. Wahlen zum Schulausschuss und Schulbuchausschuss § 32 SchulWO	1 Allerheiligen	Vierteljahresgespräch zwischen Schulleitung und Personalrat Dienstregelung der Schulleitung für die Weihnachtsferien	Anzeige/Fehlanzeige gemäß des Schwerbehindertengesetzes an ADD Ausgabe der Halbjahreszeugnisse 27. im Falle der Fünf-Tage-Woche 28. im Falle der Sechs-Tage-Woche § 53 (5) ÜSchO a. F.; § 58 (5) ÜSchO n. F. 27. Bekanntg. d. schulint. Terminplans u. d. Zeiträume f. Klassen- u. Kursarbeiten für das 2. Schulhalbj. 27. Mittel, d. Entsch. ü. Einstuf. o. Umstuf. b. Widerspr. d. Eltern z. Schuljahresbeg. (Schlusstermin) § 25 (5) ÜSchO n. F. Verteig. Merkbl. Schulbuchausleihe sowie Antragsformul. auf Lernmittelfreiheit an Schülerinnen u. Schüler, die bereits an der Schule sind
<b>Di</b> 2		1	1 Unterrichtsfreier Samstag	2	1	1 Neujahr
<b>Mi</b> 3		2	2 Erntedankfest	3	2	2 1. Woche
<b>Do</b> 4		3	3 Tag d. Dt. Einheit 40. Woche	4	3	3
<b>Fr</b> 5	Letzter Ferientag	4	4 Erster Ferientag	5	4	4
<b>Sa</b> 6	Unterrichtsfreier Samstag	5	5	6	5	5
<b>So</b> 7		6	6	7	6	6 Heilige Drei Könige Letzter Ferientag
<b>Mo</b> 8	32. Woche	7	7	8	7	7 Unterrichtsfreier Samstag
<b>Di</b> 9		8	8	9	8	8
<b>Mi</b> 10		9	9	10	9	9 2. Woche
<b>Do</b> 11		10	10	11	10	10
<b>Fr</b> 12		11	11	12	11	11
<b>Sa</b> 13		12	12	13	12	12
<b>So</b> 14		13	13	14	13	13
<b>Mo</b> 15	Mariä Himmelfahrt 33. Woche	14	14 Letzter Ferientag	15	14	14
<b>Di</b> 16		15	15 Unterrichtsfreier Samstag	16	15	15
<b>Mi</b> 17		16	16	17	16	16
<b>Do</b> 18		17	17	18	17	17
<b>Fr</b> 19		18	18	19	18	18
<b>Sa</b> 20	Unterrichtsfreier Samstag	19	19	20	19	19
<b>So</b> 21		20	20	21	20	20
<b>Mo</b> 22	34. Woche	21	21	22	21	21
<b>Di</b> 23		22	22	23	22	22
<b>Mi</b> 24		23	23	24	23	23
<b>Do</b> 25		24	24	25	24	24
<b>Fr</b> 26		25	25	26	25	25
<b>Sa</b> 27		26	26	27	26	26
<b>So</b> 28		27	27	28	27	27
<b>Mo</b> 29	35. Woche	28	28	29	28	28
<b>Di</b> 30		29	29	30	29	29
<b>Mi</b> 31		30	30	31	30	30
<b>Do</b>	01. Offizieller Schulj.anf. § 8 SchulG 01. Antrag auf Versetzg. i. ein anderes Bundesl. zum 01.02.2012 (Stichtag) 05. Nachprüfungen (Schlusstermin) § 64 (4) ÜSchO a. F.; § 70 (4) ÜSchO n. F. 08. Erster Schultag d. Landes RLP Dienstantrittsans. neuer Lehrkräfte 12. Belehrung ü. Verhalten b. Feueralarm (Schlusstermin) GAmtsbl. 1991 19. Erste Alarmprobe (Schlusstermin) GAmtsbl. 1991 Ausg. d. Merkbl. Infektionssch. an Eltern bzw. Erziehungsber. von neu aufgen. Schülern § 34 HSG evtl. Belehr. d. Lehrkr. ü. gesundh. Anforderung u. Mitwirkungsverpfl. beim Infektionsschutz § 35 HSG Hinweise auf bes. Gefahrenquellen im nat. wissenschaftl. Unterricht Bekanntg. d. schulint. Terminplans u. d. Zeiträume f. Kl.- u. Kursarb. f. d. 1. Schulhalbj. § 52 (3) ÜSchO n. F. Elterninfo. ü. spez. schul. Gegebenh. (z.B. Sprechz., Regeltg. b. vorz. beend. Unterr., ü. d. Schü.unf.sch. u. d. Versetzungsrelevanz der Epochalfä. § 8 (3) ÜSchO § 65 (5); ÜSchO a. F.; § 77 (7) ÜSchO n. F.	15. Antrag auf Beurlaubung und vorzeitige Ruhestandsversetzung zum Ende des 1. Schulhalbjahres (Stichtag) 19. Entscheidung über Einstufung oder Umstufung bei Widerspruch der Eltern frühesten Termin § 25 (5) ÜSchO n. F. Dienstregelung der Schulleitung für die Herbstferien 30. Durchführung der Wahl des Schulleiterbeirats (Schlusstermin) § 10 SchulWO 30. Wahl der Schulleitersprecherin/ des Schulleitersprechers (Schlusstermin) § 16 SchulWO	13 Volkstrauertag 14 46. Woche 16 Buß- und Bettag 19 Unterrichtsfreier Samstag 20 Totensonntag 21 47. Woche 22 23 24 25 26 27 28 29 30 Ende der Sommerzeit 31 Reformationstag 44. Woche	Gebührenliste für Beglaubigungen und Kopien an ADD Festlegung der Praktikumsplätze durch die Schulen für Frühjahr 2012 Gebührenüberweisung an Regierungshauptkasse Festlegung des Schlusstermins für schriftliche Überprüfungen in Fächern ohne Klassen- und Kursarbeiten § 47 (4) ÜSchO a. F.; § 52 (4) ÜSchO n. F.	1. Advent 2. Advent 3. Advent 4. Advent 1. Weihnachtstag 2. Weihnachtstag 52. Woche Silvester	27 Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus 28 29 30 5. Woche 31

Erstellung des Zeit- und Organisationsplans für den Praxistag



Herausg. VDR-LA Bearbeit.



# 2012



## Verband Deutscher Realschullehrer Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

### 11 12

### Feb

### März

### April

### Mai

### Juni

### Juli

### 2011 2012

01. Antrag a. Versetzg. i. ein anderes Bundesld. zum 01.08.2012 (Stichtag)  
01. Antrag auf Teilzeit/Beurlaubung nach §§80a/87a LBG (Stichtag)

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

01. Antrag auf Teilzeit nach Sabbatjahrmmodell (Stichtag)  
01. Antrag auf Beurlaubung nach § 80d LBG bzw. § 28 TV-L (Stichtag)  
15. - 29. Anm. d. Kl. 5 d. Schulj. 2012/2013 mit Beratungsangebot der Schule §15 (3/4) ÜSchO a. F.; §12 (3/4) ÜSchO n. F.  
Empfehl. z. Übergang in d. gymnasiale Oberstufe § 25 (2) ÜSchO a. F.  
Überprüfung der aus dem laufenden Schuljahr übernommenen Schülerdaten der Klassenstufen 6 bis 11 im Schulportal Lernmittelfreiheit  
24. Vera 8: Deutsch  
28. Vera 8: 1. Fremdsprache

01. Anmeldung an gymnasialer Oberstufe (Stichtag) § 25 (1) ÜSchO a. F.; § 30 (1) ÜSchO n. F.  
01. Vera 8: Mathematik  
Abschließende Festleg. u. Meldung der beweglichen Ferientage

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Frühjahrsstatistik an ADD  
Vierteljahresgespräch zwischen Schulleitung und Personalrat  
28. Antragsschluss für ein Zurücktreten in die nächstniedere Klasse ab Klassenstufe 7 (Schlusstermin) § 40 (3) ÜSchO a. F.; § 44 (3) ÜSchO n. F.  
Dienstreg. d. Schultg. f. d. Osterfer. Erfassung Schülerdaten Kl.stufe 5 im Schulportal Lernmittelfreiheit  
31. Antragsschluss f. d. Schultr. bzgl. schulstrukt. Veränd. zum 01.08.2013 (z.B. Beantrag. einer FOS) Stichtag

Schüler- und Elterninformation über die Wahlpflichtfachangebote der Schule  
Auswahl der Lernmittel aus Schulbuchkatalog und Festlegung der Schulbuchlisten

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

04. Mitteilung der Eltern über eine im zweiten Schulhalbjahr eingetretene Versetzungsgefährdung (Schlusstermin) § 65 (3) ÜSchO a. F.; § 77 (3) ÜSchO n. F.  
Vierteljahresgespräch zwischen Schulleitung und Personalrat  
Beratung der Eltern der Klassen 6 zur Schullaufbahnwahl § 19 (1) ÜSchO a. F.; § 20 (1) ÜSchO n. F.  
Festleg. d. Schlusstermins für schriftl. Überprüfungen in Fächern ohne Klassen- und Kursarbeiten § 47 (4) ÜSchO a. F.; § 52 (4) ÜSchO n. F.  
Antragsschluss für die Berücksichtig. bes. Umstände bei der Versetzung und bei der Wiederh. einer Kl. § 65 (4) ÜSchO a. F.; § 77 (4) ÜSchO n. F.  
29. u. 30. Prüf. d. Schüler d. Kl. 10 o. empfehl. für die gym. Oberstufe (HS u. RS) § 25 (4) ÜSchO a. F.  
Zuordnung der Lernmittel zu Lerngruppen im Schulportal  
Zuordnung der Schüler zu Lerngruppen im Schulportal

04. Mitteilung der Eltern über eine im zweiten Schulhalbjahr eingetretene Versetzungsgefährdung (Schlusstermin) § 65 (3) ÜSchO a. F.; § 77 (3) ÜSchO n. F.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

04. Mitteilung der Eltern über eine im zweiten Schulhalbjahr eingetretene Versetzungsgefährdung (Schlusstermin) § 65 (3) ÜSchO a. F.; § 77 (3) ÜSchO n. F.  
Vierteljahresgespräch zwischen Schulleitung und Personalrat  
Beratung der Eltern der Klassen 6 zur Schullaufbahnwahl § 19 (1) ÜSchO a. F.; § 20 (1) ÜSchO n. F.  
Festleg. d. Schlusstermins für schriftl. Überprüfungen in Fächern ohne Klassen- und Kursarbeiten § 47 (4) ÜSchO a. F.; § 52 (4) ÜSchO n. F.  
Antragsschluss für die Berücksichtig. bes. Umstände bei der Versetzung und bei der Wiederh. einer Kl. § 65 (4) ÜSchO a. F.; § 77 (4) ÜSchO n. F.  
29. u. 30. Prüf. d. Schüler d. Kl. 10 o. empfehl. für die gym. Oberstufe (HS u. RS) § 25 (4) ÜSchO a. F.  
Zuordnung der Lernmittel zu Lerngruppen im Schulportal  
Zuordnung der Schüler zu Lerngruppen im Schulportal

Jahreszeugnis u. ggf. Empf. f. e. Schullaufb.wechsel a. d. Eltern d. Kl. 6 § 19 (5) ÜSchO a. F.; § 20 (5) ÜSchO n. F.  
Entsch. d. Ber. d. RS plus zum Überg. i. d. gym. Oberstufe § 30 (2) ÜSchO n. F.  
schulinterne Bedarfsermittlung benötigter Lernmittel  
22. schulinterner Terminpl. Entlassung der Abschlussklassen § 53 (6) ÜSchO a. F.; § 58 (6) ÜSchO n. F.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Prüf. d. Schüler ohne Berechtigung der RS plus zum Überg. in die gym. Oberstufe § 30 (5) ÜSchO n. F.  
Entscheidung über Einstufung oder Umstufung und schriftliche Mitteilung an die Eltern § 25 ÜSchO n. F.  
schulinterner Terminplan Anm. d. Kl. 7 bei Schullaufbahnwechsel § 19 (5) ÜSchO a. F.; § 20 (5) ÜSchO n. F.  
schulinterner Terminplan Aufnahmeprüf. für die Klassenstufe 7 § 20 (2) ÜSchO a. F.; § 21 (2) ÜSchO n. F.; § 21 (5) ÜSchO a. F.; § 22 (5) ÜSchO n. F.  
Schriftl. Mitteltg. d. Eltern über Zulassung/Nichtzulassung zur Nachprüfung § 61 b (1) ÜSchO a. F.; § 69 (1) n. F.  
Dienstregelung der Schulleitung für die Sommerferien

Fortsetzung Juni:  
Rückmeldung d. Eltern innerh. v. drei Kalendertagen nach Zugang d. Mitteilg. üb. Zulassung/ Nichtzulassung zur Nachprüfung § 61 b (2) ÜSchO a. F.; § 69 (2) n. F.  
Beratung der Schüler und Eltern über Nachprüfung § 61 b (4) ÜSchO a. F.; § 69 (4) ÜSchO n. F.  
vor Ferienbeginn Entsch. d. Schule üb. Zulassung zur Nachprüfung § 61 b (5) ÜSchO a. F.; § 69 (5) ÜSchO n. F.  
29. Zeugnisausgabe der Klassen 5 sowie 7-9 § 53 (5) ÜSchO a. F.; § 69 (5) ÜSchO n. F.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

31.07.2011  
Offizielles Schuljahresende § 8 SchulG

Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di  
Mi  
Do  
Fr  
Sa  
So  
Mo  
Di

# Das bietet der VDR

## VERBAND DEUTSCHER REALSCHULLEHRER

Internationaler  
Lehrerausweis

International  
Teachers'  
Identity Card

Carte  
Internationale  
d'identité  
d'enseignant



RHEINLAND-PFALZ

Nur gültig in  
Verbindung mit  
Pass oder  
Personalausweis

Only valid with  
passport or  
identity card

Valide seulement  
en liaison avec le  
passeport ou la  
carte d'identité

## Diensthaftpflicht

Die Deckungssummen betragen jetzt:

- 3.000.000 € pauschal für Personen- und Sachschäden,
- 50.000 € für Vermögensschäden,
- 50.000 € für Verlust von Dienstschlüsseln,
- 5.000 € für Schäden am Eigentum der Schule.

## Rechtsschutz und Rechtsberatung

Der VDR berät Sie in allen schul- und beamtenrechtlichen Fragen.

Bei Problemen von grundsätzlicher Bedeutung gewährt der DBB auf Antrag über den VDR zusätzlich Rechtsschutz.

## Zeitschriften & Kalender

Realschule in Rheinland-Pfalz  
die Zeitschrift des VDR-Landesverbandes e.V.

dbb magazin  
Mitteilungsblatt des DBB

Realschule in Deutschland  
die Zeitschrift des VDR-Bundesverbandes

Taschen-, Tisch- und Wandkalender

## VDR-Handbuch für Realschullehrer

Loseblattsammlung:  
ca. 1.400 Seiten in 2 Ordnern,  
25% Rabatt für Mitglieder auf alle  
Lieferungen.

Halbjährliche Aktualisierung  
(Nachlieferungen).

Sie erhalten das Handbuch beim Eintritt in  
den VDR als Begrüßungsgeschenk.

## VDR Homepage

- aktuelle Informationen
- wichtige Hinweise
- Vordrucke (downloads)
- Anschriften

[www.realschule-vdr.de](http://www.realschule-vdr.de)

Fortbildungsveranstaltungen  
Informationsschriften

# Macht der Lehrerberuf krank?

Anfang März fand am Campus Landau der Uni Koblenz-Landau eine gut besuchte Fachtagung im Rahmen des 3. Runden Tisches „Lehrergesundheit“ statt.

Erwarten durfte man „Präventive und therapeutische Strategien zur Stärkung der Lehrergesundheit“. Dieser Ansatz spiegelte sich auch in den Veranstaltern, die sich für die Tagung zusammengefunden hatten: Das Zentrum für empirische pädagogische Forschung-zepf (Prof. Dr. Reinhold S. Jäger) und die AHG-Klinik für Psychosomatik in Bad Dürkheim (Dr. med. Klaus G. Limbacher).

Zum Thema war vorgegeben: „Die Befunde mehren sich, dass die Belastungen von Lehrkräften zunehmen. Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass auch Gesundheitsprobleme bei Lehrkräften ein immer größeres Ausmaß annehmen. Was kann getan werden, um die Gesundheit von Lehrkräften aufrecht zu erhalten sowie Krankheiten und Burnout vorzubeugen bzw. fachgerecht zu behandeln?“



**Prof. Schaarschmidt** ging im Rahmen seiner Ausführungen auf seine „Potsdamer Studie zur psychischen Gesundheit im Lehrerberuf“ ein. Darin war man von vier Verhaltens- und Erlebnismustern ausgegangen:

1. Muster G (Gesundheit): Berufliches Engagement, ausgeprägte Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen, positives Lebensgefühl.

2. Muster S (Schonung): Ausgeprägte Schonungstendenz gegenüber beruflichen Anforderungen.
3. Risikomuster A (Anstrengung): Überhöhtes Engagement (Selbstüberforderung) bei verminderter Widerstandsfähigkeit und eher eingeschränktem Lebensgefühl.
4. Risikomuster B (Burnout): Resignation und deutlich verminderte Belastbarkeit einhergehend mit reduziertem Arbeitsengagement.

Als hilfreiche Einstellungen im Sinne des Gesundheitsmusters sieht Schaarschmidt:

1. Sei offen für neue Erfahrungen und setze dir Ziele!
2. Suche und nutze die kollegiale Unterstützung! Vermeide das Einzelkämpferdasein!
3. Richte deine Gedanken nicht nur auf die Schule und achte auf die Balance von Anspannung und Entspannung!

Wichtig für den Erfolg der Tagung war, dass man das Feld nicht nur den profilierten Referenten, Prof. em. Dr. Uwe Schaarschmidt (ehem. Institut für Psychologie der Universität Potsdam) und Priv.-Doz. Dr. Gabriele E. Dlugosch (zepf) und deren bemerkenswerten Analysen überließ. Das Podium war mit Experten aus Wissenschaft, Schule, Beratung und Therapie besetzt, die für die kollegialen Bedürfnis-

se konkrete Unterstützungsangebote einbringen konnten.

Wir beschränken uns an dieser Stelle auf die Wiedergabe von Schlaglichtern. Ausführliches Material der Referenten ist auf der zepf-Homepage eingestellt.



In seinem Schlusswort zeigte sich **Prof. Jäger** zufrieden mit Verlauf und Ergebnissen der Tagung. Er gab sich zuversichtlich, dass man vor Ort wahrnehmen kann, wer Unterstützung braucht und dass man problematische Beanspruchungsverhältnisse vor Ort verändern kann. „Alles wird gut. Wir müssen es nur selbst anpacken.“



**Wolfgang Wünschel**  
Stv. Landesvorsitzender,  
VDR-Handbuch  
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de



Die Teilnehmer: Prof. Dr. Schaarschmidt („Wie schaffen wir es, dass in der Schule für jeden Lehrer ein Arbeitsplatz entsteht?“), Dr. Elisabeth Gläßer, in der ADD zuständig für das Projekt Lehrergesundheit („Gesundheitsförderung ist Teil der Schulentwicklung“), Prof. Dr. Rose vom Institut für Lehrergesundheit an der Uni MZ („Es ist bekannt, dass Lärm in der Schule eine besondere Rolle spielt.“), Moderator Helmut Heyse, Initiator des Projekts Lehrergesundheit, Dr. Limbacher („Ich bevorzuge den Begriff der Selbstwirksamkeit.“), Eva Münz-van Quekelberghe vom Pädagogischen Institut („Wir machen auch Einzelcoaching.“) und Lothar Bade vom Pamina-Schulzentrum Herxheim („Eine gesundheitsfördernde Schulkultur ist gekennzeichnet durch eine Kultur der Offenheit, des Vertrauens, der Bescheidenheit, der Eigenverantwortung, der Zivilcourage und der sozialen Unterstützung im Team.“)

## Im Gespräch mit Heike Frank: „Lehrer am Limit“

Heike Frank, Gymnasiallehrerin und Gestalttherapeutin, ist eine interessante Gesprächspartnerin, weil sie eigene Berufserfahrung als Lehrerin verbindet mit der therapeutischen Arbeit mit Lehrerinnen und Lehrern, die während ihres Berufslebens die Grenzen ihrer psychischen Kräfte erreicht haben.

In Teil 1 des Gespräches mit Heike Frank werden die Bedingungen des Lehrberufes angesprochen, die zu vorzeitigem Kräfteverschleiß führen können. Dabei wird zwischen systemimmanenten, von der Einzelperson nicht veränderbaren Bedingungen, und veränderbaren Bedingungen unterschieden. Jeder kann seinen Anteil zu einem Gelingen der Kommunikation im Kontaktberuf ‚Lehrer‘ beitragen, also „gegensteuern und durchstarten“. In Teil 2 des Interviews, das in der nächsten RSIRP erscheinen wird, stellt sie Konzepte zur Selbsthilfe aus ihrem Buch ‚Lehrer am Limit‘ vor.



### Zur Person:

- geboren 1960
- Studium der Musik
- Gymnasiallehrerin, 1. und 2. Staatsexamen
- 1991-1996 Weiterbildung zur Gestalttherapeutin am Institut für integrative Gestalttherapie Würzburg (IGW)
- Tätigkeit als Musiktherapeutin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Neuwied
- therapeutische Mitarbeiterin in einer Kurklinik
- pädagogisch-therapeutische Mitarbeiterin in einer Jugendhilfeeinrichtung für Mädchen
- Tätigkeit in Schule / Realschule
- Krisenhilfe, Erziehungsberatung, Unterricht
- Leiterin von Gruppen zur Förderung von Selbststeuerung von verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen – in Verbindung mit Elternberatung
- selbstständige Tätigkeit als Gestalttherapeutin (seit 1998) in eigener Praxis in Lahnstein und Lauterbach (ab 2010)
- Einzel- und Gruppentherapien
- Fortbildungen und Seminare

**RSIRP:** „Lehrer am Limit – Gegensteuern und durchstarten“, so lautet der Titel Ihres Buches, mit dem Sie Lehrerinnen und Lehrer einen ‚Ratgeber mit Sofortwirkung und Langzeiteffekt‘ anbieten.

Was würden Sie einem Lehrer raten, der spürt, dass er an Grenzen stößt und sich am Limit fühlt?

**Heike Frank:** Ich will zu einem anderen Blick auf den Beruf und sich selbst ermutigen. Der Beruf und seine Anforderungen wurden in den letzten Jahren stark verdichtet und der Eindruck eines Hamsterrades, in dem man sich befindet, verstärkt sich bei immer mehr Lehrkräften. Man steigt in das Hamsterrad und funktioniert nur noch, ohne sich zu fragen, was man eigentlich macht und wie man es macht, wo man seine Stärken hat, und in welchen Bereichen man Hilfen in Anspruch nehmen kann. Dabei sollte man sich in diesem Beruf auch als sein eige-

nes Handwerkszeug ansehen und Lust haben, dieses zu schulen. Das Handwerkszeug ist jenseits der fachlichen Fähigkeiten anzusiedeln. Dort fühlt sich jeder Lehrer sicher. Viel wichtiger aber ist im täglichen Schulbetrieb die Beherrschung von Kommunikation und Umgang mit den verschiedenen Gruppen und Personen, die immense Anforderungen an den Lehrer stellen. Dies betrifft die ganze Beziehungsarbeit im Schulleben, mit der Lehrer vielfach alleine gelassen werden. Das Ziel meiner Hinweise an die Lehrer ist also eine Professionalisierung des Lehrerhandelns und eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, um schwierigen Situationen gewachsen zu sein.

**RSIRP:** Welche Bedeutung kommt für Sie der Schule nicht nur als Lernraum, sondern auch als Lebensraum zu?

**Heike Frank:** Meine Arbeitszeit ist

auch meine Lebenszeit. Schule ist also für mich nicht nur ein Arbeitsumfeld, sondern auch ein Lebensraum. Das versuche ich in meinem Buch auszudrücken und Lehrerinnen und Lehrer zu ermutigen, und ihnen ihre Verantwortung auch zu zeigen, dass sie über genügend Handwerkszeug verfügen, um ihren beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehört z.B. eine geschulte Selbstwahrnehmung und Wissen über die Lebenswelt der Schüler, einfach Wissen über deren Alltag, damit ich sie im Unterricht besser erreichen kann. Mir geht es um die Steigerung von Selbstwirksamkeit, also die wichtige Erfahrung, dass mein Tun eine positive Wirkung hat.

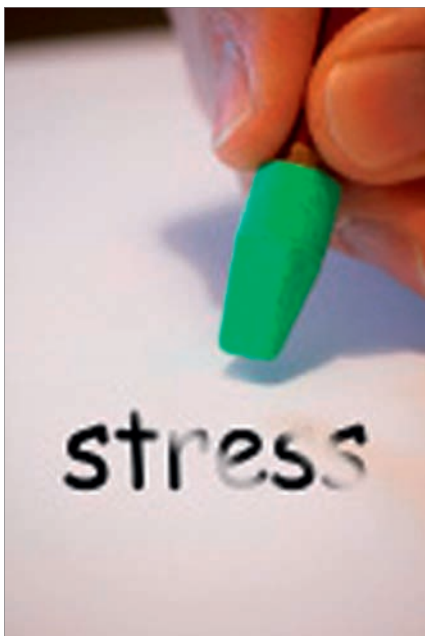
**RSIRP:** Ein wesentliches Element in diesem Zusammenhang ist gegenseitige Wertschätzung. In Ihrem Buch berichten Sie über Aussagen und Erfahrungen vieler Lehrkräfte

und schildern die Schule als einen Bereich, der einen chronischen Mangel an gegenseitiger Wertschätzung aufweist. Wie kann Ihrer Erfahrung nach diesem Mangel abgeholfen werden?

**Heike Frank:** Der Mangel an Wertschätzung ist natürlich jeweils von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. In vielen Schulen hat schon eine Kultur gegenseitiger Wertschätzung eingesetzt. Auswirkung von mangelnder Wertschätzung ist aber ein hohes Maß an Misstrauen, also ein Mangel an Vertrauen. Dabei ist Wertschätzung ein grundsätzliches Element im zwischenmenschlichen Bereich. Es geht um das Respektieren des Anderen und um das Zugeständnis der Würde, die jeder Mensch hat, Schüler, Lehrer und Eltern, egal wie sozialisiert. Erst auf dieser Grundlage können tragfähige Beziehungen wachsen.

Eine Ursache für den Mangel an Wertschätzung und gegenseitiger Achtung ist auch die allgemeine Beschleunigung und Verdichtung der Arbeit und eine Bürokratisierung, die Lehrern insgesamt ein hohes Pensum abzuarbeitender Aufgaben abverlangt, die die Möglichkeiten rücksichtsvollen Miteinanders überlagern.

**RSIRP:** Wie spüren Sie denn in Ihrer täglichen Praxis die schwerer werdende Berufspraxis der Lehrerinnen und Lehrer, von denen Sie um Rat gebeten werden?



**Heike Frank:** Das Schulsystem macht es den Lehrern heute schwer, weil es Einzelkämpfer immer noch zulässt und Teamarbeit nicht voraussetzt und unterstützt. Das erhöht die Belastung. Ein Beispiel hierfür ist die pädagogische Haltung einer Schule. Da ist es oft noch der Entscheidung der einzelnen Lehrerinnen und Lehrer überlassen, ob sie sich diesem Programm anschließen, Entscheidungen also wirklich mittragen, oder ob sie eigene Wege gehen möchten. Dabei kann nach anfänglicher Verunsicherung die Einigung auf einen pädagogischen Grundkonsens auch eine große Entlastung bedeuten, denn so muss nicht jeder Lehrer ständig immer wieder seinen eigenen pädagogischen Rahmen abstecken, sondern kann sich sicherer und kollegial gestützt im Rahmen des pädagogischen Schulprogrammes bewegen. Das bedeutet, dass ein pädagogisches Leitbild zu entwickeln ist, nach dem pädagogisch gelebt und gearbeitet werden kann. Insofern kann und darf die pädagogische Arbeit an einer Schule keine Privatsache sein. Kommunikation, wertschätzender Umgang, ressourcenorientierter Blick und Empathiefähigkeit sind heute tragende Säulen von gelingendem Unterricht. Das Fachwissen kommt als Grundbedingung hinzu, aber die kommunikativen Fähigkeiten haben ganz entscheidenden Einfluss auf das Lernklima, so dass die Arbeit an diesen Fähigkeiten eben keine Privatsache sein oder bleiben darf. Denn: Die Verhaltensauffälligkeiten vieler Schülerinnen und Schüler haben stark zugenommen, haltlose Kinder benötigen einen schulischen Rahmen, der Orientierung und Sicherheit gibt, und somit sind die Anforderungen an die Schule ganz erheblich gewachsen. Schule kann nicht alles leisten. Daher muss das Bewusstsein für gemeinsame Zusammenarbeit geschaffen und vermittelt werden, wie sinnvoll und wirksam dieser Weg ist. Erst die Zusammenarbeit kann einen großen Teil der Problemstellungen, denen sich Lehrer heute gegenüber sehen, auffangen, damit Lehrer in der Schule nicht nur ‚überleben‘. Zusammenarbeit zu lernen, bringt Entlastung!

**RSIRP:** Kann man diesen Appell zur Zusammenarbeit auch als ein Rezept gegen ‚Burnout‘ verstehen?



**Heike Frank:** Die Arbeit an einer gemeinsamen Haltung kann der Entwicklung von Burnout vorbeugen. Natürlich muss dann jeder auch diesen Entwicklungsprozess aktiv unterstützen und sich daran beteiligen. Das ist in Schulen nun nicht selbstverständlich. Und deshalb reicht dabei ein Pädagogischer Tag als Anstoß nicht aus. Schulen sollten sich hier für einen pädagogischen Prozess eine Begleitung suchen, die das Kollegium regelmäßig unterstützt, selbst kleine Schritte würdigt und auch hilft, die vorhandenen Potenziale bewusst zu machen. Nur so kann Veränderung langsam gelingen. Auch Zusammenarbeit im Kleinen ist schon ein wichtiger Schritt, sich auszutauschen über das eigene Tun. Das schärft den Blick für wiederkehrende Konfliktsituationen und steigert die eigene Handlungskompetenz. Vor allem Schulen, die sich in den durch die Schulstrukturreform angestoßenen Fusionsprozessen befinden, haben hier großen Beratungs- und Entwicklungsbedarf.

**RSIRP:** Welche Bedeutung bekommen in diesem Zusammenhang Angebote zur Supervision?

**Heike Frank:** Supervision kann bei den angesprochenen Prozessen hilfreich sein. Allerdings stelle ich in meiner beruflichen Praxis oft fest, dass Angebote zur Supervision nicht oder nur sehr zögernd angenommen werden. Oft sind es nur einige Kolle-

gen, die sich zu einer Gruppe zusammenfinden. Offensichtlich besteht hier noch eine große Hemmschwelle, sich im Kollegenkreise zu öffnen und in die eigenen Karten schauen zu lassen. Das Problem, sich mit den eigenen Sorgen und Unsicherheiten im Kollegium zu offenbaren, sich auch „schwach“ zu zeigen, und im Schulalltag am nächsten Tag dann vielleicht ungeschützt zu sein, ist in Kollegien weit verbreitet und verhindert oftmals diese eigentlich sehr wichtige berufliche Unterstützung, die in anderen sozialen Berufen eine Selbstverständlichkeit ist. Je mehr Vertrauen und Fürsorge Kollegien erleben, umso mehr erkennen sie den Wert von Supervision.

**RSIRP:** Wer, nach Ihrer Auffassung, in schwierigen Situationen Hilfe annehmen, daraus lernen und daran wachsen kann, nutzt das Team zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Professionalisierung des eigenen beruflichen Handelns. Ist die Einbindung im Team also eine Burnout Prophylaxe?

**Heike Frank:** Ja, ganz sicher. Aber Burnout entsteht aus ganz unterschiedlichen Gründen. Kollegien mit einer ho-

„Die zunehmende Belastung in Ausbildung und Arbeitswelt führt auch zu einer Zunahme von psychischen und somatischen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir setzen uns neben der Stärkung der seelischen Gesundheit und der betrieblichen Gesundheitsförderung auch dafür ein, dass ein ausreichend hohes Angebot an qualifizierten psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten bereitgestellt werden kann. Wir wollen die Gesundheitsförderung am Arbeits- und Ausbildungsplatz stärken und Tabus bezüglich seelischer Erkrankungen und Suchtkrankheiten abbauen. Das Land als Arbeitgeber soll in diesen Bereichen für die Betriebe in Rheinland-Pfalz eine Vorbildfunktion entwickeln.“

(Quelle: Koalitionsvertrag S. 54)



Martin Radigk, Heike Frank

hen Anzahl von Einzelkämpfern oder mit sich widersprechenden pädagogischen Vorstellungen brennen schneller aus. Die heutigen Kinder erfahren Halt als wichtige Basis für die Leistungsbereitschaft durch eine gemeinsame pädagogische Haltung. Hat jeder Kollege aber seine eigenen Regeln und Werte, wird es für alle schwerer und man empfindet wenig Kollegialität im Kollegium. Erlebt man zusätzlich wenig Wertschätzung, wächst das Gefühl der Überlastung.

Viele Kollegen leben stark schulzentriert und sind daher auch stark auf das Gelingen und Erfolge im Beruf angewiesen. Wichtig ist aber auch ein sinnerfüllendes Privatleben, das eine bedeutende Kraftquelle für die Bewältigung der schulischen Aufgaben sein kann. Gefährdet sind dazu Lehrkräfte, die sich alle Arbeiten aufladen lassen, sich in dieser als grenzenlos empfundenen Arbeitsbelastung nicht abgrenzen können oder wollen. Oder Kollegen, die über zu wenig konstruktives Handwerkzeug im Umgang mit Konflikten verfügen. Dazu kommt: Lehrer sind durch die hohe Kontaktfrequenz während ihres Berufsalltages tatsächlich in Gefahr, während ihrer Freizeit nur noch Entlastung und Entspannung suchen zu wollen, wodurch soziale Kontakte und

anregende Freizeitaktivitäten, weil zusätzlich zum Beruf als zu anstrengend empfunden, dann auf ein zu geringes Maß reduziert werden. Deshalb ist Selbstfürsorge wichtig!



Das Interview wird im kommenden Heft fortgesetzt. Es wird um die Fragen gehen, ob man Aufgaben auch mal abweisen kann, welche Rolle der Schulleitung zukommt und wie Heike Franks Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe aussieht.



**Martin Radigk**  
Landeskassierer  
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht  
Radigk.Martin@vdr-rlp.de



## Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 16.03.2011: Institut für Lehrergesundheit eröffnet

An der Universität Mainz wurde heute das Institut für Lehrergesundheit eröffnet. Es soll die 42.000 staatlichen Lehrkräfte und die etwa 2.500 pädagogischen Fachkräfte arbeitsmedizinisch betreuen und deren Fitness erhalten, wie die Uni mitteilte.

Das Institut kümmert sich um die Gesundheit der rheinland-pfälzischen Lehrer.

Institutsleiter Stephan Letzel gab als Ziel aus, Lehrer dabei zu unterstützen, Belastungen abzubauen und Ressourcen aufzubauen. Zu den Aufgaben des Instituts gehörten arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Schulbegehungen, die individuelle Beratung von Lehrkräften und Schulleitern oder gesundheitsfördernde Maßnahmen. Zu den häufigsten Beschwerden bei Lehrern zählen laut Letzel psychische und soziale Belastungen, altersbedingte Einschränkun-

gen, Stimmüberlastung oder Rückenbeschwerden.

Bildungsministerin Doris Ahnen betonte bei der Eröffnung, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung in Schulen hätten angesichts der „sich stetig verändernden und wachsenden Anforderungen“ an Lehrer einen hohen Stellenwert. Nur gesunde und gesundheitsbewusste Pädagogen könnten dauerhaft den Anforderungen gerecht werden.

Das neue Institut ist an das Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin an der Universitätsmedizin Mainz angegliedert. Es beschäftigt aktuell zehn Mitarbeiter. Bis Ende 2012 sollen neben dem Institutsleiter 17 weitere Personen voll beschäftigt werden. Das Land hat für die ersten beiden Jahre insgesamt 2,5 Millionen Euro Finanzmittel eingeplant.

### Kommentar:

## Neues Konzept weckt Hoffnungen!

Mit der Eröffnung des Instituts für Lehrergesundheit setzt die Landesregierung ein neues Konzept zur arbeitsmedizinischen Betreuung der Lehrkräfte und anderer Beschäftigter im Schuldienst um, zu dem sie das Arbeitssicherheitsgesetz aus dem Jahr 1973 und das Arbeitsschutzgesetz aus dem Jahr 1996 verpflichtet.

Die Verfahrensweise zur Konzepterstellung und die Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Umsetzung des Konzepts verdienen Lob und Anerkennung.

Über mehrere Jahre hinweg hat das Bildungsministerium gemeinsam mit den Hauptpersonalräten ein Konzept zur arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung entwickelt. Die Mitbestimmung wurde beispielgebend durchgeführt.

Das neue Institut für Lehrergesundheit geht mit dem neuen Institutsleiter Prof. Dr. Stephan Letzel, Leiter des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz, an den Start. Prof. Letzel war vor etwa fünf Jahren vom Bildungsministerium mit der Erstellung eines umfassenden

Konzepts für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften betraut worden. Grundlage des Konzepts, das mit den Hauptpersonalräten abgestimmt wurde, waren Begleitung und Unterstützung von zehn Projektschulen aus allen Schularten. Hierzu gehörten Schulbegehungen zur Gefährdungsbeurteilung wie auch das Angebot einer individuellen Beratung.

Erste Zwischenergebnisse der Begleitung der Modellschulen führten dazu, dass vor etwa drei Jahren eine arbeitsmedizinische Sprechstunde für alle Lehrkräfte am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin angeboten wurde.

Das neue Institut wird in den kommenden Jahren so genannte mobile

Betreuungseinheiten schaffen, um ein flächendeckendes Angebot zu gewährleisten.

Zum Aufgabenfeld des neuen Instituts gehört weiterhin die wissenschaftliche Arbeit zur Lehrergesundheit. Der VDR hält die enge Verzahnung von Praxis und Wissenschaft für notwendig und richtig.

Mit dem neuen Institut erhalten auch die Personalvertretungen einen wichtigen Ansprechpartner bei der Wahrnehmung ihrer Mitwirkung und Mitbestimmung u. a. bei Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie bei der Gestaltung der Arbeitsplätze.



**Wilfried Rausch**  
Stv. Landesvorsitzender  
Ref.: Dienst- und Schulrecht  
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

## Im Gespräch mit Bettina Becht: Französisch in der Realschule plus

Im Februar erschien der Entwurf des neuen Rahmenplans für Französisch. Bettina Becht, Lehrerin an der Paul-Gillet-Realschule plus Edenkoben, war Mitglied der dafür zuständigen Arbeitsgruppe des MBWJK. Für die RSiRP sprach Wolfgang Wünschel mit ihr über ihre Arbeit, den Rahmenplan und die Bedeutung des Wahlpflichtfaches Französisch.

**RSiRP:** Im Februar ist der neue Rahmenplan für Französisch im Entwurf erschienen. Das Ministerium verlautbarte dazu: Mit der Reform der Schulstruktur hat die Realschule plus nicht nur eine neue Prägung ihres Wahlpflichtfachkanons erhalten, sondern steht vor der Herausforderung, die in diesen Wahlpflichtfächern verankerten Unterrichtsprinzipien der Berufsorientierung (BO), der Ökonomischen Bildung (ÖB) und der Informatischen Bildung (IB) auch im Fach Französisch zu verankern.

Warum ist das für Französisch wichtig?

**Bettina Becht:** Der neue Wahlpflichtbereich ist das „Herzstück“ der Realschule plus. Hier haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ein Fach zu wählen, das ihren persönlichen Stärken und Interessen entspricht. Damit werden die ersten Weichen in Richtung Berufsorientierung gestellt. Da Französisch auch zum Wahlpflichtbereich gehört, sollen auch hier die Unterrichtsprinzipien Berufsorientierung, informatische und ökonomische Bildung vermittelt werden. Damit wird gewährleistet, dass ALLE Absolventinnen und Absolventen der Realschule plus sich die entsprechenden Kompetenzen aneignen können.

**RSiRP:** Die drei anderen Wahlpflichtfächer waren schneller auf dem Markt. War das von Nachteil für Französisch?

**Bettina Becht:** Das Gegenteil ist der

Fall. Die Arbeitsgruppe Wahlpflichtfach Französisch konnte auf den Ergebnissen der Fachdidaktischen Kommissionen der drei übrigen Wahlpflichtfächer aufbauen. Die anderen Kommissionen haben ihre Arbeit früher aufgenommen und hatten einen umfangreicheren Auftrag, da es die Fächer in dieser Form vorher nicht gab. Für Französisch bleiben ja weiterhin der Lehrplan, die Bildungsstandards und der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen gültig, so dass es bei unserer Arbeit vor allem darum ging, die Unterrichtsprinzipien Berufsorientierung, informatische und ökonomische Bildung zu implementieren.

**RSiRP:** Warum sollten Berufsorientierung (BO), Ökonomische Bildung (ÖB) und Informatische Bildung (IB) ausgerechnet jetzt in Französisch neben das Sprachenlernen treten?

**Bettina Becht:** Das Sprachenlernen, die kommunikative Handlungsfähigkeit in der Fremdsprache, bleibt natürlich oberstes Ziel des Französischunterrichts. Die neuen Unterrichtsprinzipien BO, IB und ÖB bieten weitere inhaltliche und methodische Bausteine zur Erlangung der fremdsprachlichen Kompetenz. So neu ist das nicht. Inhalte aus den Bereichen „Berufsorientierung“, „Informatische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ kommen ja bereits in allen fünf Lernjahren im Französischunterricht vor: Verkaufsgespräche sind fester Bestandteil des Französischunterrichts, ebenso das Verfassen von Lebenslauf und Bewerbungsschreiben. In den letzten Jahren haben auch der Computer und die Möglichkeiten des Internet als Kommunikations- und Informationsmedium verstärkt Einzug in die Klassenzimmer gefunden. Auch die im Rahmenplan verankerte Kompetenzorientierung ist seit der Einführung der Bildungsstandards verpflichtend. Neu ist jedoch die Anforderung, die



### Zur Person:

**Bettina Becht** absolvierte in Paris ein Jurastudium mit Schwerpunkt Kulturmanagement und arbeitete im Anschluss als Kulturmanagerin im Theater. Bettina Becht ist staatlich geprüfte Übersetzerin für Französisch. Ihr Lehramtsstudium in den Fächern Französisch und Englisch absolvierte sie in Frankfurt und Landau. Seit der Veröffentlichung des Rahmenplans ist sie für das Pädagogische Landesinstitut als Beraterin im Einsatz. Frau Becht befindet sich derzeit in der Weiterqualifizierung für eine Tätigkeit an der Fachoberschule.

Unterrichtsprinzipien bewusst in den Blick zu nehmen, sie bereits in Klasse 6 anzubahnen und sie über die Jahre hinweg spiralförmig weiterzuentwickeln.

**RSiRP:** Den Schulen wurde ab sofort die Download-Version des neuen Rahmenplanes zur Verfügung gestellt. Gibt es keine Druckversion?

**Bettina Becht:** Im Laufe der nächsten Monate wird die Lehrplankommission weitere Rückmeldungen zu dem hier vorgestellten Plan erhalten, die geprüft und eingearbeitet werden, be-



vor das Ministerium den Schulen und Lehrkräften dann im nächsten Schuljahr eine Druckversion zur Verfügung stellen kann. Anregungen und Konkretisierungsvorschläge aus der Praxis von den Kolleginnen und Kollegen, die Französisch nach den Vorgaben und Anregungen dieses Rahmenplans unterrichten, sind sehr willkommen.

Das Gespräch wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt. Im zweiten Teil geht es um die Feststellung, dass der Rahmenplan Unterrichtsbeispiele enthält und auf Grundsätze der Leistungsmessung eingeht. Es wird abschließend auch der Frage nachgegangen, warum Französisch nicht nur ein Brückenfach zum Gymnasium ist...

Fotos: Matthias Decker



Wolfgang Wünschel, Bettina Becht



**Wolfgang Wünschel**  
Stv. Landesvorsitzender,  
VDR-Handbuch  
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

## Verbraucherbildung in der Schule Den eigenen Konsum kritisch hinterfragen

Die Stellungnahme unseres Verbandes zur Richtlinie Verbraucherbildung an allgemeinbildenden Schulen in der Ausgabe 3/2010 RSiRLP fand das Interesse von Andreas Bauer, Lehrer an der IGS/RS+ Rheinzabern. Andreas Bauer wandte sich an die Redaktion von RSiRLP und wies auch aufgrund der Aktualität in Japan darauf hin, dass schulische Verbraucherbildung den „kritischen Konsum“ nicht vernachlässigen dürfe und diese Thematik in geeigneter Form Gegenstand z.B. von Lehr- und Arbeitsplänen werden müsse. Die Anregung von RSiRLP, die Verbraucherbildung an Schulen in einem kurzen Beitrag unter dem Aspekt einer nachhaltigen Bildung zu beleuchten, griff Andreas Bauer auf:

Die neue „Richtlinie zur Verbraucherbildung“ ist zu begrüßen, denn „Verbraucherbildung“ wird im Rahmen einer globalisierten Weltwirtschaft, eines wachsenden Konsums, schwer zu durchschauender Produktströme und einer sich rapide wandelnden Kommunikationskultur eine immer wichtigere gesellschaftliche Aufgabe. In vielen Fächern finden sich bereits entsprechende schulische Themen. Auch Vereine und Verbände stellen Informationen bis hin zu fertigen Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Tatsächlich gibt es auch immer wieder Anlass, aktuelle Verbraucherthemen im Unterricht zu behandeln. Ein zeitgemäßer Unterricht muss in der Lage sein, den Kindern und Jugendlichen als den „jungen Verbrauchern“ Antworten zu geben auf Fragen wie zum „Energiehunger“ der Menschheit und den daraus resultierenden katastrophalen Folgen, wie am entsetzlichen Beispiel Japans deutlich

wird, dem „Dioxinskandal“, der Weltwirtschaftskrise oder zum Umgang mit persönlichen Daten im Internet. Eine schulische Verbraucherbildung hat nur dann „nachhaltigen“ Erfolg, wenn diesen relevanten Themen

1. ein dauerhafter schulischer Rahmen eingeräumt wird,
2. die wichtigsten Themen möglichst konkret aufgezeigt werden (z.B. in Lehr- und Arbeitsplänen,...) und
3. dabei auch Fragen des „kritischen Konsums“ (z.B. des eigenen Stromverbrauchs) behandelt werden.

Dieser zuletzt genannte Punkt stellt den Bezug zu der von der UN für 2005 bis 2014 ausgerufenen Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ kurz BNE, her. Dabei geht es um die Vermittlung von Kompetenzen in den drei Bereichen Ökologie – Ökonomie – Soziales. „Bildung für nachhaltige Entwicklung hat zum Ziel, die Menschen zur aktiven Gestaltung einer ökolo-

gisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte zu befähigen.“ Hierzu gehört dann auch, den eigenen Konsum kritisch zu hinterfragen. Aktuelle Themen wären beispielsweise die Problematik der dramatischen Überfischung der Weltmeere, die angesichts voller Kühlregale beim Einkauf (noch) nicht zu merken ist oder der Verbrauch an „virtuellem Wasser“, das in vielen unserer Produkte steckt und in den oft wasserarmen Produktionsländern zum Teil sehr negative Auswirkungen hat, oder der „Handyboom“, der in den Abbaugebieten des für die Mikrochips notwendigen Erzes Coltan und in den Produktionsländern zu gravierenden gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen führt.



**Andreas Bauer**

# Erfolg nach zähem Ringen: Master-Studiengang bleibt in Trier

Seit über 40 Jahren bildet die Universität Trier auch für das Lehramt Realschule aus. Viele Realschullehrkräfte an den Schulen des Schulaufsichtsbezirks Trier und darüber hinaus haben die erste Phase der Lehrerausbildung an der Trierer Universität absolviert und dort das Rüstzeug für eine erfolgreiche Schullaufbahn erhalten.

Der VDR-Bezirksverband stand stets im engen Gesprächskontakt mit der Universität. Viele Initiativen wurden gemeinsam angegangen bzw. begleitet. So wurde z.B. erreicht, dass auch das Fach Mathematik an Realschulen in Trier studiert werden kann.

Plötzlich und ohne Vorwarnung erfuhren die Studierenden vor einigen Monaten, dass sie ihre Ausbildung an der Uni Trier ab Herbst 2011 wohl nicht mehr fortsetzen können! Vor allem die Fachbereiche Anglistik und Germanistik sahen Probleme, den Ausbildungsgang Realschule plus in der Masterphase weiterzuführen, da ihnen die vom Ministerium vorgesehenen Mittel als unzureichend erschienen. Für die

Studierenden hätte dies bedeutet, einen anderen Studienplatz suchen zu müssen, ohne jedoch die Gewähr zu haben, diesen in der von ihnen studierten Fächerkombination an einer rheinland-pfälzischen Universität zu finden. Die Verunsicherung und Belastung der Studierenden für das Lehramt an Realschulen war natürlich immens.

Die Information, dass die Ausbildung für das Lehramt an Realschule plus an der Universität Trier nicht fortgeführt werden soll, sorgte auch für große Aufregung im VDR-Bezirksvorstand Trier, zumal von einer solchen Maßnahme Auswirkungen auf den Studienseminarstandort Trier sowie für die Einstellungssituation an den Realschulen plus im Bezirk zu befürchten waren.

Mit Studierenden wurden Verbindungen aufgenommen und Unterstützungsmaßnahmen gemeinsam geplant. Wir danken besonders Christian Wies und Sarah Crames für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Solche aktiven künftigen Lehrkräfte braucht die Schule!

Mitte März kam dann für die Lehramtsstudierenden wie auch für den Bezirksvorstand die „Entwarnung“. Der scheidende Präsident der Universität, Prof. Dr. Peter Schwenkmezger, der sich sehr für den Erhalt des Masterstudienganges eingesetzt hatte, teilt mit, dass die Gefahr abgewendet sei und die Ausbildung für das Lehramt Realschule plus an der Universität Trier auch in der Masterphase fortgeführt wird.

## Studienseminar Trier VDR-Treff mit den Examenskandidaten

Der VDR-Bezirksvorstand Trier traf sich zu einem Gespräch mit den Examenskandidaten des Trierer Seminars. Als Ziel der Zusammenkunft kündigte Bezirksvorsitzender Hanns Peters an, Infos und Hilfen für die verbleibende Ausbildung und insbesondere die bevorstehende Prüfung zu geben.

Dabei ging es sowohl um die Hausarbeit, die in den folgenden drei Monaten anzufertigen ist, als auch um die mündlichen Prüfungen, die im September folgen werden. Jürgen Stellmes, FL für Physik und Delegierter im Seminar, betonte dabei die Bedeutung der kritischen Reflexion der Einzelstunden als auch in der Gesamtreflexion, wobei der pädagogische Schwerpunkt im Zentrum der Betrachtungen stehen müsse.

Gerhard Klein, ehemaliger FL für Pädagogik und Allg. Didaktik, hob angesichts der knappen Zeit bis zum Schuljahresschluss die Bedeutung einer klaren Zeitplanung hervor, damit die Unterrichtsreihe fertig gestellt werden könne. So müsse auch auf Sondertermine wie Sportfeste, Fahrten der Klassen, eintägige Erkundungen, benotete

Lehrproben und Wandertage geachtet werden, die in vielen Klassen die effektive Unterrichtszeit tangieren.

Erwin Schneider, stellv. Vorsitzender im Bezirkspersonalrat, informierte, dass derzeit noch wenig zu den Einstellungschancen gesagt werden könne, da die Beschlüsse der Regierungsparteien

noch nicht bekannt seien.

Nach einer lebhaften Frage-Antwort-Runde (Wo kann ich mir weitere Hilfe holen? Wie können wir uns untereinander unterstützen? Was ist zu tun, um eine gute mündliche Prüfung abzulegen?) klang das Treffen aus.



Nina Lauer, die erst vor kurzem ihre Ausbildung abgeschlossen hat, ergänzte die Ausführungen aus eigener Erfahrung.



**Hanns Peters**  
Bezirksvorsitzender Trier  
Peters.Hanns@vdr-rlp.de



**Gerhard Klein**  
VDR Trier  
Klein.Gerhard@vdr-rlp.de



**Birgitt Maczuck**  
VDR Trier  
Maczuck.Birgitt@vdr-rlp.de

## Studienseminar Koblenz

# Treffen mit den Absolventen

Mehr als 50 frisch examinierte Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung des Bezirksverbandes Koblenz gefolgt und fanden sich zu einer Informationsveranstaltung im Studienseminar ein.



Erwin Schneider, stellvertretender BPR-Vorsitzender, informiert die Anwesenden im Anschluss über die Einstellungssituation zum 01.08.2011.

Bezirksvorsitzender Timo Lichtenthäler eröffnete die Veranstaltung mit den besten Wünschen zum bestandenen

Examen und berichtete über die aktuellen bildungspolitischen Ereignisse. Er ging dabei vor allem auf die derzeitige

Situation bezüglich befristeter Arbeitsverträge ein und skizzierte die daraus resultierenden Konsequenzen.

Den nahezu größten Raum nahmen die individuellen Gespräche am Ende der Veranstaltung ein. Ein großer Teil des ebenfalls anwesenden Bezirksvorstandes beriet die Kolleginnen und Kollegen in ihren Einzelfragen und gab nützliche und wertvolle Tipps.



**Timo Lichtenthäler**  
Bezirksvorsitzender Koblenz  
Ref.: Delegierte, Newsletter  
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de

## Kaiserslautern mit zwei Seminarstandorten

# VDR informiert die „Neuen“

Vor sechs Monaten konnte der VDR per Pressemitteilung einen wichtigen Erfolg seiner Verbandsarbeit verkünden und die Einrichtung zweier neuer Studienseminare begrüßen. Jahrelang und zuletzt in unserer Februar Ausgabe 2010 hatten wir vor einer „Fehlentwicklung in der Lehrerbildung“ gewarnt und auf die Misere verwiesen, dass von „über 300 Bewerbungen (...) aufgrund der voll ausgeschöpften Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren nur 160 eingestellt werden.“ Zu viele junge Universitätsabgänger mussten zwei oder gar drei Ablehnungen ihrer Bewerbung um einen Seminarplatz hinnehmen und verkraften – eine für den VDR inakzeptable Fehlentwicklung.

Vor diesem Hintergrund war es uns ein Anliegen, die neuen Ausbildungsgruppen des Studienseminars Kaiserslautern zu begrüßen. Allerdings ging das nicht mehr mit nur einem Besuch, da die Kapazitätsausweitung die Eröffnung einer neuen Teildienststelle nach sich zog: 140 junge zukünftige Kolleginnen und Kollegen (statt bisher rund 80) werden jetzt von den „Lauterern“ ausgebildet, 50 davon in der neuen „Teildienststelle Landau-Land“.

Am 28.03.2011 konnten wir die Ausbildungsgruppe in Kaiserslautern begrüßen und über die VDR-Verbandsarbeit sowie die Vorteile einer VDR-Mitgliedschaft informieren.

Der zweite Besuch fand am 11.04.2011 in der Klingbachschule in Billigheim-Ingelheim statt, wo die Teildienststelle Landau Land übergangsweise



Michael Eich erläutert in großer Runde die Vorzüge der VDR-Mitgliedschaft

untergebracht ist, bis die eigentliche Örtlichkeit in Ilbesheim, die ehemalige Grund- und Hauptschule "Kleine Kalmitt", bezogen werden kann. Dort sind zurzeit noch umfangreiche Umbauarbeiten durchzuführen.

Erfreulich war der Zuspruch der Anwärterinnen und Anwärter zu den bildungspolitischen Vorstellungen des VDR und den Vorteilen einer Mitgliedschaft. Wir heißen die neuen Mitglie-

der in unserer „VDR-Familie“ herzlich willkommen!



**Michael Eich**  
Komm. Bezirksvorsitzender Neustadt  
Eich.Michael@vdr-rlp.de



**Gudrun Deck**  
VDR-Geschäftsführerin  
Deck.Gudrun@vdr-rlp.de

# Personalräteschulungen

## Informationsveranstaltung für VDR Personalräte zum Tarifrecht



**Ulrich Gräler**,  
2. Stellv. Vorsitzender  
von ‚Lehrer nrw‘ und  
Tarifverantwortlicher  
des VDR Bund informierte  
Personalräte  
des VDR Rheinland-Pfalz über aktuelle  
Entwicklungen im Tarifrecht und  
über den Tarifabschluss für die Be-

schäftigten des Öffentlichen Dienstes  
der Länder.

Ulrich Gräler ist als VDR Vertreter  
Mitglied in der Tarifkommission der  
dbb tarifunion und war an den Verhandlungen  
der diesjährigen Tarifrunde beteiligt.

Der VDR fordert die Übertragung  
des Tarifabschlusses vom 11.03.2011

auch auf die Beamten im kommenden  
Jahr. Das versteht der VDR – im Unterschied  
zur Landesregierung - unter  
‚Planungssicherheit‘.



**Martin Radigk**  
Landeskassierer  
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht  
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

## VDR-Bezirk Koblenz

Die jüngste Personalräteschulung des Bezirks Koblenz fand Mitte Mai in Waldesch statt. Den thematischen Schwerpunkt bildeten die Aufgaben, Rechte und Pflichten eines Örtlichen Personalrates, sowie die rechtlichen Grundlagen der Personalratsarbeit.

Einen interessanten Einstieg am Vormittag fand Martin Radigk, Mitglied des BPR RS plus, mit grundlegenden Informationen rund um das Thema Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung.

Wilfried Rausch erläuterte gemeinsam mit Timo Lichtenthäler, beide Vorstandsmitglieder des HPR RS plus die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Örtlichen Personalrates anhand praxisnaher Beispiele aus dem Lehreraltag.

Erwin Schneider, stellvertretender Vorsitzender des BPR RS plus, wand-

te sich dem Thema Mehrarbeit zu. Er berichtete darüber hinaus über aktuelle Entwicklungen zur Vertretungsregelung.

Hanns Peters, Vorstandsmitglied des BPR RS plus, referierte über die Arbeit des Personalrats speziell zum Schuljahreswechsel. Er informierte in diesem Rahmen über wichtige Inhalte für das bevorstehende Vierteljahresgespräch.

Die abschließende Fragerunde im Plenum trug dazu bei, dass es durch rege Mitarbeit und persönliche Fragen aus dem Schulalltag zu einem fruchtbaren Austausch mit den VDR-Referenten



und damit auch zu einem gelungenen  
Schulungstag kommen konnte.



**Nicole Weiß-Urbach**  
Bezirksvorstand Koblenz  
Weiss-Urbach.Nicole@vdr-rlp.de

## VDR-Bezirk Trier

Lebhaft ging es zu in Mertesdorf. Dazu trugen zum einen das Programm, zum anderen die Teilnehmer bei. Erwin Schneider, Hanns Peters und Wolfgang Seebach bestritten die Tagesordnung. Am Nachmittag verstärkte Martin Radigk aus dem Neustädter Bezirk das Team.

Mehrarbeit ist zurzeit ein zentrales Thema. Es kommt immer häufiger zu Konflikten, wenn Kolleginnen und Kollegen neben den in den letzten Jahren immens angestiegenen Anforderungen – u.a. durch die Schulstrukturänderung, durch Differenzierungsbedarf und Elternberatung – auch noch regelmäßige Mehrarbeit leisten müssen. Hier gibt es Grenzen, vorgegeben durch die Belastbarkeit der Lehrkräfte und die geltenden Verordnungen. Beides wurde bei der ÖPR-Schulung thematisiert.

Daneben waren wie immer praxisnahe Aufgaben aus dem schulischen Tätig-

keitsbereich der ÖPR zu erarbeiten. Vermittelt wurden zudem Informationen über Bestimmungen und Verordnungen, die im Tagesgeschäft bei Anfragen von Kolleginnen und Kollegen weiterhelfen. z.B. zu „Beurlaubung und Teilzeit“.



Ergänzt wurde dies durch aktuelle Informationen, z.B. das Schreiben des Ministeriums zur Handhabung der Vertretungsverträge, einen Blick auf das politische Geschehen und sich daraus abzeichnende beamten- sowie besoldungsrechtliche Konsequenzen für die Lehrkräfte. Wie immer gab es genügend Zeit für die Fragen der Teilnehmer.



**Wolfgang Seebach**  
VDR Trier  
Seebach.Wolfgang@vdr-rlp.de

## VDR-Bezirk Neustadt

Die Personalräteschulung des Bezirks Neustadt fand unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.

Die VDR-Referenten Martin Radigk und Michael Eich befassten sich mit Grundbegriffen des LPersVG und verdeutlichten die Personalratsaufgaben zum Schuljahreswechsel. Im Mittelpunkt stand ein Referat von Ministerialrat Klaus Kessler zum Thema „Personalaktenrecht“. Wir berichten in der kommenden Ausgabe...



## VDR-Bezirk Trier: Delegiertenversammlung in Mertesdorf

Der Bezirksverband Trier hatte alle Delegierten und interessierten Mitglieder zu einer Versammlung Mitte April eingeladen.

Die Erfahrungsberichte aus den jeweiligen Schulen standen zu Beginn auf der Agenda. Mehrarbeit und Arbeitsüberlastung waren hier die zentralen Themen. Erwin Schneider berichtete

anschließend über die Tätigkeiten des Bezirkspersonalrats und Wolfgang Seebach (Mitglied im Hauptpersonalrat) erläuterte das Kompendium zu Schwerpunktschulen. Vor diesem Hintergrund konnten im weiteren Gespräch Fragen beantwortet, Erfahrungen und Anregungen weiter gegeben werden.



**Terminankündigung:**

# Landesdelegiertenversammlung am 23. August 2011

**in Bad Kreuznach • Haus des Gastes • von 9.00 – 16.00 Uhr**



**Schwerpunktthemen sind  
die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik der neuen Landesregierung**

Satzungsgemäß soll die Landesdelegiertenversammlung dem Landesvorstand wie auch den Bezirksvorständen u. a. ein Meinungsbild der Mitgliederbasis ermöglichen. Diese breit angelegte Willensbildung ist eine Grundlage unserer Verbandspolitik.

Daher hoffen und wünschen wir, dass zahlreiche Delegierte von möglichst vielen Schulen an der Versammlung teilnehmen werden.

Die Einladung zu der Delegiertenversammlung erfolgt nach den Sommerferien.

# Schulwandern beleben

Durch Schulwanderseminare sollen neue Formen für das Schulwandern entwickelt und erprobt werden. ADD-Präsident Dr. Josef Peter Mertes stiftet in diesem Jahr als Ansporn für die Schulen einen Schulwanderpokal.

2010 führten Schulwanderseminare unter dem Motto „Mythos Loreley“ ins Rheintal und unter dem Motto „Wandern, Gesundheit und Kultur“ ins Nahetal. Bei den Fortbildungsveranstaltungen zum Schulwandern steht das Wandern im Mittelpunkt. Lehrerinnen und Lehrer sollen selbst die Herausforderungen des Wanderns erleben, wie etwa auf der Königsetappe des Rheinsteigs von Kaub zur Loreley, um abschätzen zu können, was Schülerinnen und Schüler leisten können.



Die Neuausrichtung des Schulwanderns setzt auf vielfältige Abwechslung auf den Wanderwegen; denn stures Wandern vom Ausgangs- zum Zielort ohne weitere Angebote kann Jugendliche kaum begeistern. Ein Wandertag soll die Auseinandersetzung mit Natur, Kultur oder auch Technik gleichermaßen als Ziel haben. Wenn das Angebot stimmt, stellt sich der Spaß am Wandern rasch ein.

Vor Ort erhalten die Lehrkräfte von den Jugendherbergen ebenso wie von den Tourismusverbänden und Wan-

dervereinen vielfältige Angebote mit betreuten Wanderungen. Dies entlastet die Lehrkräfte bei der eigenen Vorbereitung und Durchführung der Wanderung.

In den Wanderseminaren, die von Hermann-Joseph Löhr von der ADD Koblenz geleitet werden, müssen die Lehrkräfte verschiedene Aktivitäten selbst durchführen:

So erkundeten sie eine Stadt per Geocaching, fertigten auf der Pfalzgrafenstein Geldbeutel, beschäftigten sich mit Landschaftsmalerei und führten eine Nachtwanderung durch.



Auch in diesem Jahr werden zwei Schulwanderseminare für Lehrkräfte im Amtsblatt als staatlich anerkannte Lehrerfort- und -Weiterbildung ausgeschrieben. Sie finden jeweils an drei Tagen an Mosel und Rhein statt. Für die Veranstaltungen nach den Sommerferien können sich jeweils bis zu 30 interessierte Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten anmelden.

Zusätzlich zu den Schulwanderse-

minaren entwickelt eine Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern das neue Konzept des Schulwanderns weiter. Dies geschieht gemeinsam mit den Jugendherbergen, der Rheinzeitung, der Rheinpfalz, dem Trierischen Volksfreund, dem Westerwaldverein, dem Pfälzerwaldverein, dem Eifelverein, den Landesforsten, der Universität Koblenz-Landau und dem Landesvermessungsamt.

Konkret plant die Lehrergruppe Wanderapplikationen für die modernen Mobiltelefone (smartphones). Mit den Apps können Lehrerinnen und Lehrer, welche nicht vor Ort wohnen oder groß geworden sind, sicher und mit passenden Inhalten thematische Wanderungen am Schulort oder dem Klassenfahrtsort durchführen. Daneben wird den Jugendlichen eine sinnvolle Nutzung von modernen Medien nahegebracht.

Dr. Markus Lohoff von der Universität Koblenz-Landau entwickelt mit der Gruppe Malstrom Medien mobile phone applications (APPs) mit Grundinformationen für Wanderwege, welche sich auf alle Wanderwege übertragen lassen.



Das Landesvermessungsamt (LVerGeo) bietet bereits heute jeder Schule kostenlose digitale Karten. Dadurch ist eine Planung der Wanderstrecken mit neuen Medien grundsätzlich möglich.

## Letterboxing im Kurpfalz-Park Wachenheim

Dieses Angebot ist neu in diesem Jahr und richtet sich an Schüler ab dem 6. Schuljahr. Schauplatz der Schatzsuche ist der Kurpfalz-Park. Ausgerüstet mit einem Kompass und dem Aufgabenbogen machen sich die Teams auf die Suche. Ein Rundweg führt sie zu den einzelnen Gehegen und den Stationen mit den neuen Infotafeln über Tiere des Waldes. Dabei müssen die Schatzjäger etliche Aufgaben lösen, um am Ende die Schatzkiste zu finden und zu öffnen. Nun gilt es, sich in das Logbuch einzutragen und den Stempel abzuholen. Alle, die eine Mail mit dem aktuellen Lösungswort einsenden, haben sich einen Teil des Schatzes verdient. Mehr Infos über den Kurpfalz-Park erhalten Sie über [www.kurpfalz-park.de/schulservice](http://www.kurpfalz-park.de/schulservice)



**Heinz-Jörg Dähler**  
Stv. Bezirksvorsitzender Koblenz  
Daehler.Heinz-Joerg@vdr-rlp.de



## Der VDR gratuliert Gustav Kühnle zum 100. Geburtstag!

Ein ganz besonderes Ereignis konnte Herr Gustav Kühnle am 1. Mai feiern: seinen 100. Geburtstag. Der VDR gratuliert ganz herzlich und wünscht ihm für das neue Lebensjahr Gesundheit und Glück.



Eine weitere Besonderheit: Gustav Kühnle ist seit 1951 VDR-Mitglied und feiert in diesem Jahr seine 50jährige Mitgliedschaft. Er hat in all den Jahren und bis heute reges Interesse an der Verbandsarbeit gezeigt. Er liest die Verbandszeitschrift sehr sorgfältig und ist so über die aktuelle schulische Entwicklung informiert. Er betont immer wieder, dass er großen Respekt gegenüber den

Kolleginnen und Kollegen hat, die die Reformen der letzten Jahre getragen haben und er weiß, dass die Arbeit in den Schulen nicht einfacher geworden ist.

Gustav Kühnle hat als Volksschullehrer seine schulische Laufbahn begonnen und kam nach seiner Aufstiegsprüfung zur Realschule. Er unterrichtete die Fächer Mathematik, Physik und Chemie. Zuletzt war er Realschuldirektor an der

Realschule Nastätten. Er pflegt bis heute den Kontakt zum Kollegium seiner ehemaligen Schule.

Eine Abordnung des Bezirksvorstands Koblenz wird nach Absprache mit Gustav Kühnle die Geburtstagsgrüße in nächster Zeit persönlich überbringen.

**Margit Lenarz**  
Pensionsbetreuerin  
Lenarz.Margit@vdr-rip.de

## Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

### Bezirk Koblenz

**75.** Geburtstag  
am 23.06. Volker Christ  
Bad Neuenahr-Ahrweiler  
am 09.07. Rolf Schatto  
Sobernheim

**73.** Geburtstag  
am 22.07. Walter Heinz  
Münster-Sarmsheim

**72.** Geburtstag  
am 29.06. Paul Groß  
Kirchberg

am 05.07. Dieter Kettering  
Nussbaum

**70.** Geburtstag  
am 05.07. Jürgen Hatzmann  
Mayen

### Bezirk Neustadt

**87.** Geburtstag  
am 09.06. Helmut Schnell  
Wörrstadt

**83.** Geburtstag  
am 13.07. Gerhard Scheinert  
Schifferstadt

**82.** Geburtstag  
am 07.07. Eva-Maria Steiner  
Karlsruhe

**80.** Geburtstag  
am 12.06. Erwin Forster  
Herxheim

**79.** Geburtstag  
am 28.06. Helmut Schwahn  
Mainz

**76.** Geburtstag  
am 12.06. Bernhard Geppert  
Ingelheim

am 19.07. Karl-Heinz Walz  
Haßloch

am 25.07. Otto Stilgenbauer  
Kaiserslautern

**75.** Geburtstag  
am 02.07. Alfons Denig  
Neustadt / Weinstraße

am 03.07. Lothar Wipfler  
Bad Dürkheim

**74.** Geburtstag  
am 02.06. Alfred Lützel  
Ludwigshafen

am 12.07. Manfred Schäfer  
Kaiserslautern

**73.** Geburtstag  
am 21.06. Hartmut Hauck  
Heidelberg

**72.** Geburtstag  
am 19.06. Siegrun Wipfler-Pohl  
Speyer

am 11.07. Dr. Peter Bung  
Annweiler

am 15.07. Eberhard Schneider  
Mainz

am 30.07. Ursula Frank  
Udenheim

**71.** Geburtstag  
am 15.06. Ingrid König  
Mainz

am 03.07. Jutta Kern  
Waldfishbach-Burgalben

am 29.07. Ingrid Schappert  
Mainz

**70.** Geburtstag  
am 06.06. Hans Lüder  
Mutterstadt

am 11.06. Gerlinde Krauß  
Sankt Martin

### Bezirk Trier

**78.** Geburtstag  
am 28.07. Elisabeth Hempelmann  
Trier

**77.** Geburtstag  
am 25.07. Robert Adams  
Rommersheim

**75.** Geburtstag  
am 07.07. Giselbert Baudner  
Ayl

**74.** Geburtstag  
am 01.07. Karl-Heinz Dahlke  
Hermeskeil

**73.** Geburtstag  
am 23.07. Hans Karl Wimmer  
Plein

**72.** Geburtstag  
am 02.07. Rüdiger Lancelle  
Moselkern

**70.** Geburtstag  
am 19.06. Rainer Graupner  
Traben-Trarbach

**Wir bitten um Entschuldigung,  
falls wir Geburtstage im Zeit-  
raum 1. Juni bis 31. Juli 2011  
übersehen haben.**

Am 16.04.2011 feierte der ehemalige Koblenzer VDR-Bezirksvorsitzende **Horst Gerber** in Meddesheim seinen 70. Geburtstag. Versehentlich wurde er im letzten Heft nicht in der Liste der Jubilare genannt. Wir entschuldigen uns dafür und gratulieren nachträglich sehr herzlich!



## B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

**Verband Deutscher Realschullehrer  
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich  
Landeskassierer Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer**

Tel.: 06232/40444  
Fax: 06232/1213318  
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Geb.-Datum
Straße	PLZ	Wohnort	Telefon / Telefax / E-Mail
Schule/Dienststelle		Prüfungsfächer	

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A16  A15  A14  A13  A12  BAT ...

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_ Wochenstunden

Ich bin Lehramtsanwärter/in  Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e.V.

Mein Eintritt soll zum 1. \_\_\_\_\_ 20\_\_\_\_ erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u.g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o.g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

**Die VDR-Beitrittserklärung finden Sie auf der VDR-Homepage unter: [www.realschule-vdr.de](http://www.realschule-vdr.de)**

### VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

**Ab 01.04.2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:**

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag
<b>Beamte</b>	A 16		15,50 €
	A 15		14,50 €
	A 14		13,00 €
	A 13		12,00 €
	A 12	oder darunter	11,00 €
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,00 €
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,00 €
	A12/A13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,00 €
	Lehramtsanwärter		6,00 €
	Pensionäre		6,00 €
	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte	6,00 €
<b>Angestellte</b>	TV-L	Vollbeschäftigung	10,00 €
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,00 €
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,00 €
	Rentner		6,00 €

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich.

**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 – 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Altersteilzeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

**Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepartner (ein Vollzahler + 6 €).

**Lehramtsanwärter-Spezial**

**Durch Beschluss des Landeshauptvorstandes vom 18.08.2009 ist die Mitgliedschaft für LAA für die Dauer des Vorbereitungsdienstes kostenfrei.**

**Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten!**

Editorial	2
<b>Schulpolitik</b>	
Leitartikel: Nachher und Vorher stehen im Widerspruch	3
Der Koalitionsvertrag enthält eine starke Grünfärbung	4
PM: Nach der Wahl: Versprochen ist Verprochen!	7
Haushälter des Bildungsministeriums ziehen die Notbremse!	8
PM: Haushaltsstopp des MBWWK	9
Leserbrief: Frust in den Lehrerzimmern	11
Leserbrief: Suchtprävention - Anspruch ist unfair	16
<b>Schule und Unterricht</b>	
Heterogenität: eine praxisorientierte Annäherung	12
Duale Ausbildung - das unterschätzte Erfolgsmodell	14
Anstoß für die MINT-Fächer	15
Schuljahrplaner 2011/2012	18
Im Gespräch mit Bettina Becht: Französisch in der Realschule plus	26
Verbraucherbildung in der Schule	27
Schulwandern beleben	32
<b>Lehrerbildung und Studienseminare</b>	
Master-Studiengang bleibt in Trier	28
Trier: Treffen mit den Examenskandidaten	28
Koblenz: Treffen mit den Absolventen	29
Kaiserslautern: VDR informiert die „Neuen“	29
<b>Personalvertretung</b>	
Personalräteschulungen in allen Bezirken	30
Information zum Tarifrecht	30
<b>Lehrergesundheit</b>	
Macht der Lehrerberuf krank?	21
Im Gespräch mit Heike Frank: „Lehrer am Limit“	22
Institut für Lehrergesundheit eröffnet	25
<b>Recht</b>	
Beamtenbesoldung: 5% plus oder 5% minus?	10
Höchstaltersgrenze von 45 Jahren für Beamte rechtmäßig	10
<b>VDR intern</b>	
Beraterteam des VDR	17
Das bietet der VDR	20
Bezirk Trier: Delegiertenversammlung	31
Terminankündigung: Landesdelegiertenversammlung am 23. August 2011	31
Beitrittserklärung	34
<b>Persönliches</b>	
Der VDR gratuliert zum Geburtstag	33



**„Es gibt nur noch drei CDU-Kultusminister in Deutschland. Damit lässt sich kaum eine Bildungsrepublik Deutschland aufbauen. Das reicht gerade mal zum Skat spielen.“**

Roland Wöllner (CDU), Sächsischer Kultusminister, in FOCUS vom 15. April 2011

# Lebenslänglich ...



© KirevArt - Fotolia.com

## ... dieselbe Hausratversicherung?

Das kann schnell ein teurer Spaß werden!

Wir bieten Ihnen:

- ✓ Jahresbeiträge ab 20,- €
- ✓ Zusätzlich 50% Rabatt für Neumitglieder im 1. Jahr auf den Hausratversicherungsbeitrag
- ✓ Schnelle Schadensabwicklung
- ✓ Persönlicher Ansprechpartner
- ✓ Keine Selbstbeteiligung im Schadensfall
- ✓ Sehr günstige Glasversicherung

**FINANZtest 06/2010:**  
Die HEB-Hausratversicherung gehört zu den preiswertesten.

Für alle öffentlich Bediensteten und deren Angehörige (auch wenn sie selbst nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind).

HEB-Hausratversicherung  
Darmstädter Straße 66-68 · 64372 Ober-Ramstadt  
Telefon: 0 61 54/63 77 77 · Fax: 0 61 54/63 77 57

[kontakt@heb.de](mailto:kontakt@heb.de)

[www.heb.de](http://www.heb.de)

